



08. Stadtratsprotokoll / 08^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 03. Juni 2020, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 03 juin 2020 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès de Bienne, Salle de concert

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechele Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner-Oesch Sandra, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Latscha Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Augsburger-Brom Dana, Epper Bettina, Hamdaoui Mohamed

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

77.	Genehmigung der Traktandenliste	191
78.	Mitteilungen Stadtratsbüro	192
	• Abrechnungen in der Kompetenz der GPK	192
79.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200183, Bernhard Leuenberger, Fraktion FDP, «Unterstützung Gewerbe und Bevölkerung in der COVID19-Zeit»	193
80.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200182, Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO, «Bieler Strandbad für ALLE!»	193
81.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200181, Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO, «Längholzwald 2»	193
82.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200184, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «Beschlussfähigkeit des Parlaments in Krisensituationen ermöglichen»	194
83.	Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200185, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Warum wird die einmalige kinematografische Sammlung William Piasio "entsorgt"?»	194
84.	Protokollgenehmigung (07. Juni 2018 / Nr. 6).....	194
85.	20200158 Coronamassnahmen der Stadt Biel	194
	• Überparteiliche Fraktionserklärung aller Fraktionen und Stadtratsmitglieder an die Bieler-Bevölkerung:.....	195
86.	20200155 COVID-19 / Lokale Solidarität / «Biel für Biel» / Unterstützungsmassnahmen für Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Sport / Nachkredit.....	203
87.	20150375 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Jakob-Strasse Süd»	211
	• Rückweisungsantrag	211
	• Botschaft.....	217
88.	20200031 Klassenorganisation für das Schuljahr 2020/2021	217

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung in ungewohntem Umfeld im Kongresshaus. Der Saal ist gross und um gehört zu werden, bitte ich Sie, laut und deutlich zu sprechen. Ich bitte Sie ausserdem, Gespräche untereinander auf das Nötigste zu beschränken. Die beiden Rednerpulte sind abwechselnd zu benützen, da sie nach jedem Gebrauch gereinigt werden. Ich beschränke die Redezeit für Fraktionssprechende auf fünf Minuten und für Einzelsprechende auf drei Minuten. Allenfalls werde ich eine Rednerliste erstellen. Gemäss den Vorgaben des Bundesrats zum Schutzkonzept aufgrund der ausserordentlichen Lage wegen des Coronavirus ist die Sitzungsdauer auf drei Stunden ohne Pause begrenzt.

Auf Ihren Tischen befinden sich folgende Unterlagen:

- Jahresbericht 2019 der Stadtbibliothek
- Jahresbericht 2019 vom Forum bilinguisme
- Rückweisungsantrag der Fraktion GLP+ zum Traktandum 3.4 «Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich Jakob-Strasse Süd»
- Rückweisungsantrag der JUSO zum Traktandum 4 «Arealentwicklung Kreuzplatz-Nord: Landtausch / Verpflichtungskredit»
- Änderungsantrag der GPK zum Traktandum 3.6 «Multisporthallen Bözingenfeld / Projektierung / Verpflichtungskredit»
- Änderungsantrag der Fraktion FDP zum Traktandum 3.6 «Multisporthallen Bözingenfeld / Projektierung / Verpflichtungskredit»
- Änderungsantrag der Fraktion GLP+ zum Traktandum 3.6 «Multisporthallen Bözingenfeld / Projektierung / Verpflichtungskredit»

Auf dem Tisch des Weibels:

- Parlament (Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen), Ausgabe Nr. 01 vom April 2020

77. Genehmigung der Traktandenliste

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Stadtpräsident Erich Fehr hat mich um folgende Änderungen der Traktandenliste gebeten: Als erstes Geschäft wird der Bericht des Gemeinderats zu den Coronamassnahmen der Stadt Biel behandelt bevor über den Nachkredit für Unterstützungsmassnahmen zugunsten Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Sport / Lokale Solidarität «Biel für Biel» befunden wird. Anschliessend werden die Geschäfte 20150375 «Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich "Jakob-Strasse Süd"», 20170048 «Entwicklungsgebiet Gurzelen / "Blumenstrasse Süd" / Abgabe von Land im Baurecht» und 20200031 «Klassenorganisation für das Schuljahr 2020/2021» vor den übrigen Geschäften des Gemeinderats behandelt.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen genehmigt.

78. Mitteilungen Stadtratsbüro

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: An der letzten Sitzung des Stadtratsbüros (SRB) wurde über eine Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrats (GO SR; SGR 151.21) diskutiert. Es soll die Möglichkeit zur Einreichung von Vorstössen ausserhalb der Stadtratssitzungen geschaffen werden. Das Stadtratsbüro hat beschlossen, die Beratung zur Revision der Stadtordnung abzuwarten und diese Möglichkeit vorab prüfen zu lassen.

Abrechnungen in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 28. Mai 2020 die folgenden Abrechnungen von Verpflichtungskrediten der Direktion Bau, Energie und Umwelt in eigener Kompetenz einstimmig und mit folgenden Bemerkungen genehmigt:

1. 20120084 Schulraumprovisorium Pianostrasse 55
Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 12. März 2020 festgestellt, dass bei gewissen Rechnungen und beim Vergabeverfahren Unstimmigkeiten bestehen und dies bei der Baudirektion mit Schreiben vom 8. Mai 2020 angebracht. Das nicht durchgeführte Einladungsverfahren wird mit der Dringlichkeit des Projekts begründet. Die erneute Überprüfung der Baudirektion hat ergeben, dass der Sachverhalt nicht weiter erhellt werden kann, zumal die Projektverantwortliche nicht mehr bei der Stadt arbeitet und entsprechende Unterlagen fehlen.
2. 20040591 Aufwertung Mühlefeldquartier / Gestaltung des öffentlichen Parks Alters- und Pflegeheim Cristal
Die Frist zur Abrechnung wurde überschritten und die Kosten für Unterhaltsarbeiten von CHF 139'063.05 ab 2011 weiterhin dem Verpflichtungskredit belastet. Ausserdem sind die Unterlagen unvollständig.
3. 20100106 Schulhaus Champagne / Sanierung Flachdächer
Die Mittelverwendung für Brandschutzmassnahmen im Innenbereich zusammen mit der Flachdachsanierung ist nicht korrekt.
4. 20110349 Kindertagesstätte Zukunft / Umbau und Sanierung
Die Architekturarbeiten wurden freihändig vergeben. Der Schwellenwert für die öffentliche Ausschreibung wurde aber überschritten und eine stichhaltige Begründung für die Ausnahme gemäss Art.7 der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBV; BSG 731.21) fehlt.

Die GPK hat zudem folgende Abrechnungen von Verpflichtungskrediten der Finanzdirektion in eigener Kompetenz einstimmig und mit folgender Bemerkung genehmigt:

5. 20160095 Sanierung Parc Café, Ländtestrasse 4
6. 20130114 Sanierung Liegenschaft Ring 18, Obergasse 2
Die Frist zur Abrechnung dieses Verpflichtungskredits wurde nicht eingehalten.

Für alle Abrechnungen sei abschliessend einmal mehr wiederholt, dass die GPK dem Gemeinderat dringend empfiehlt, für solche Projekte im Rahmen eines IKS proaktive Kontrollprozesse einzuführen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wenn Sie gut zugehört haben, konnten Sie feststellen, dass ein internes Kontrollsystem (IKS) fehlt.

Aufgrund des Sitzungsablaufs ohne Pause, werden die Dringlichkeiten der eingereichten Vorstösse jetzt begründet.

79. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200183, Bernhard Leuenberger, Fraktion FDP, «Unterstützung Gewerbe und Bevölkerung in der COVID19-Zeit»

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Der Stadtrat nimmt heute Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zu den Coronamassnahmen der Stadt Biel. In diesem Zusammenhang schlage ich vor, dass der Gemeinderat Unterstützungsmassnahmen prüft. Die Fraktion FDP steht der Verteilung von Gutscheinen an die Bieler Bevölkerung skeptisch gegenüber und schlägt deshalb Alternativen vor. Die Dringlichkeit liegt auf der Hand. Über Massnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus muss jetzt entschieden werden, bevor die zweite Welle kommt.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

80. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200182, Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO, «Bieler Strandbad für ALLE!»

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat eine Petition gestartet. Es geht ebenfalls um den Coronavirus. Wir möchten, dass mehr Fläche im Bieler Strandbad zur Verfügung gestellt wird, weil die Leute diesen Sommer weniger oder gar nicht in die Ferien gehen. Die Bevölkerung hat sich während den Schliessungsmassnahmen sehr kooperativ gezeigt. Es wäre jetzt von der Stadtverwaltung entgegenkommend, das Bieler Strandbad frei zugänglich zu machen. Die Petition wurde von 265 Einwohnenden unterschrieben. Das vorliegende Postulat ist aussergewöhnlich dringend. Der Bundesrat erlaubt die Öffnung der Schwimmbäder ab 8. Juni 2020.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

81. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200181, Susanne Clauss, Fraktion SP/JUSO, «Längholzwald 2»

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Der Längholzwald ist zwar Kantonswald und wird nach wie vor vom kantonalen Forstbetrieb traktiert. In der Zeit der Coronamassnahmen hat sich aber gezeigt, wie wichtig dieser Wald für die Bieler Bevölkerung ist. Viele BürgerInnen haben sich über das Vorgehen des Kantons

geärgert. Sie möchten, dass der Gemeinderat über die Nutzung mit dem Regierungsrat verhandelt.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

82. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200184, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «Beschlussfähigkeit des Parlaments in Krisensituationen ermöglichen»

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Es geht darum, dass das Bieler Parlament in Krisensituationen reagieren kann. Dazu braucht es eine Ergänzung in der Stadtordnung. Im Moment wird diese revidiert, deshalb die Dringlichkeit. Ich bitte Sie um Unterstützung, vielen Dank.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

83. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200185, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Warum wird die einmalige kinematografische Sammlung William Piasio "entsorgt"?»

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Es geht um eine Ausstellung, welche eigentlich als dauerhaft vorgesehen war. Zur Zeit ist sie im Battenbergschulhaus eingelagert. Die Familie von William Piasio möchte gerne noch in der laufenden Legislatur wissen, wann die Kunstaussstellung installiert wird.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

84. Protokollgenehmigung (07. Juni 2018 / Nr. 6)

Das Protokoll Nr. 6 wird stillschweigend genehmigt.

85. 20200158 Coronamassnahmen der Stadt Biel

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich danke Herren Wiederkehr und Steinmann für die Ausarbeitung der überparteilichen Fraktionserklärung, welche ich nun vorlese.

Überparteiliche Fraktionserklärung aller Fraktionen und Stadtratsmitglieder an die Bieler-Bevölkerung:

Un grand Merci à tous, ein grosses Dankeschön! Die Schweiz hat die erste Corona-Welle unterschiedlich intensiv überstanden. Dramatische Bilder aus anderen Ländern, vorab aus China, dann aber insbesondere auch aus Italien, liessen uns das Schlimmste befürchten. Dies galt es zu verhindern! So waren und sind die Bieler Behörden, aber auch die Bevölkerung plötzlich gefordert, mit allen Befürchtungen und der Ungewissheit, sowie mit den bundesrätlichen Anweisungen umzugehen. Die Angst vor Ansteckung, wie auch vor einem überlasteten Gesundheitssystem verunsicherte uns alle. Die ungewohnte Situation erfordert Vertrauen, eine hohe Flexibilität, Offenheit und Solidarität.

Es gilt jetzt, ein Dankeschön, ein Merci allen auszusprechen, welche sich solidarisch und mitverantwortlich engagiert haben damit unser Gesellschaftsleben funktioniert hat. Es war toll mitzuerleben, wie die Gemeinde zur Gemeinschaft wurde. Um unsere Grundversorgung zu sichern entstanden soziales Engagement und Kreativität auf vielen Ebenen. Niemand sollte im Stich gelassen werden. In Kürze entstanden viele freiwillige Unterstützungsangebote. Dies ist der Beweis, dass eine gut funktionierende, demokratische Gesellschaft, trotz Krise, Stress und psychischer Belastung, eine solidarische Gemeinschaft ist, die Mitverantwortung übernimmt.

Wir sind stolz auf die Bieler Bevölkerung, welche wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten dürfen. Unsere Solidarität gilt jedoch auch allen Betroffenen, Geschädigten und Verzweifelten. Der verordnete Lockdown führte zu finanziellen Einbussen und existenziellen Ängsten. Noch für längere Zeit werden wir mit der wirtschaftlichen Bremse konfrontiert sein.

Wir, das Bieler Parlament, setzen uns dafür ein, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns ebenfalls solidarisch getragen werden.

Nochmals vielen Dank für das Durchhalten und das Vertrauen. Gemeinsam, als Gemeinde im wahrsten Sinn, können wir diese Krise bewältigen.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Dire merci ne suffit pas. Avancer comme si rien n'était arrivé, non plus. Les métiers d'utilité systémique se sont tout à coup retrouvés au premier plan. Parce que lors d'une crise, c'est ce qui est vital qui devient vraiment important. Oui, la solidarité est aussi apparue, pour certaines personnes. Oui, des personnes se sont mobilisées les unes pour les autres et elles se sont entraïdées. Mais, c'est bien aujourd'hui que nous aurions besoin de réels changements afin de nous sortir d'autres crises, toutes aussi actuelles. C'est aujourd'hui qu'il nous faut garantir de meilleures conditions de travail pour le personnel soignant et dans les domaines qui nous permettent de maintenir notre qualité de vie. C'est aujourd'hui qu'il faut penser à notre mobilité, notre consommation, nos investissements.

Apparemment, le monde se sort de toutes les crises ou en tous cas, il trouve toujours certaines solutions pour en sortir. Du soutien apporté par ici, du soutien apporté par là-bas. La situation mondiale actuelle liée au covid-19 nous montre qu'il est possible de réagir, de réagir vite. Il est possible de prendre des mesures, de demander aux

individus de changer certaines habitudes, de faire attention à certains comportements. Surtout des experts parlent et le monde, en grande partie, les écoute.

Vous comprenez sûrement ce que je souhaite vous dire. Les rapports d'experts intergouvernementaux nous montrent que nous allons vers un réchauffement de 3 à 4°C. Or, les émissions mondiales augmentent toujours. Afin d'avoir une chance de limiter le réchauffement à 1,5°C, le monde doit réduire ses émissions de 45% d'ici 2030 et atteindre la neutralité carbone en 2050. En ratifiant les Accords de Paris sur le climat, la Suisse s'est notamment donnée comme objectif de réduire de moitié ses émissions par rapport à 1990, d'ici à 2030. Pourtant selon l'Office fédéral de l'environnement (OFEV), la Suisse manquera déjà son objectif climatique national pour 2020, de réduire les émissions de 20% par rapport à 1990.

Des experts parlent, des conséquences visibles sont présentes, des êtres humains en sont déjà témoins dans leur quotidien. Personne ou presque n'écoute. Personne ou presque n'agit vraiment. Ce qui compte est davantage tourné sur l'économie, le profit, la croissance, le PIB: une économie non-durable, basée sur les ressources fossiles.

En déclarant l'urgence climatique, Bienne a fait un premier pas. Il ne s'agit pas seulement de constater cette crise, mais d'y réagir efficacement. Nous attendons des mesures efficaces et ambitieuses. Des efforts doivent se faire au niveau national et international, mais des efforts au niveau local sont possibles et doivent également être mis en oeuvre.

La crise climatique est une crise beaucoup plus importante que la crise du covid-19. Elle est une crise réelle à laquelle réagissent des mouvements. On peut être d'accord ou non avec certains modes opératoires, on peut ne pas trouver cela bien. Mais il faut surtout écouter, puis agir. Ce que les gens et surtout les jeunes tentent de dire, c'est qu'il est presque déjà trop tard. Que la crise est présente depuis des années, mais que les mesures prises ne sont pas assez conséquentes. C'est une crise et pour une grande partie des crises, des solutions sont trouvées, pourquoi pas pour celle-ci?

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie tout d'abord le Conseil municipal et toute l'Administration de son travail durant cette période de crise sanitaire. Nous avons mis à genoux la société et notre économie afin de sauver un maximum de vies. Nos aînés sont encore aujourd'hui confinés dans les EMS. Les faillites, les situations économiques critiques, les pertes d'emploi ont lieu à large échelle. Les chrétiens, que nous sommes en majorité officiellement, n'ont pas pu vivre le Carême, fêter Pâques et l'Ascension! Dans ces conditions difficiles, deux événements ont particulièrement fâché le Groupe PRR. Alors qu'au sein du Parlement biennois il y a un nombre important de personnes dites à risque, une minorité a voulu à tout prix reprendre le travail parlementaire, déjà en avril. Ceci, non pour permettre des décisions parlementaires urgentes ou importantes, mais pour déposer des interventions parlementaires en vue de la campagne électorale à venir. La tentative n'est pas allée jusqu'au bout, heureusement.

Deuxièmement, alors que toutes les manifestations étaient interdites, certains parlementaires biennois ont participé aux manifestations à Berne contre les mesures de coronavirus, ceci en violation de toutes les mesures sanitaires. Cette attitude n'est pas responsable. Nous devons, maintenant, toutes et tous travailler ensemble afin de

permettre la reprise économique, sauver les indépendants, les entreprises et leurs emplois. Nous devons soutenir et encourager notre Conseil municipal à prendre des mesures dans ce sens, mais également pour qu'il fasse pression sur le Canton et la Confédération, qui sont compétents dans ce domaine et surtout avec les moyens financiers nécessaires. Pour ceux et celles, qui malgré les moyens médicaux importants, sont décédé(e)s durant cette pandémie, nous demandons une minute de silence en leur mémoire.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat ist erfreut, dass der Stadtrat nun wieder tagt. Einerseits ist dies ein Zeichen der Normalisierung, andererseits muss ein funktionierendes Gemeinwesen jederzeit und unter allen Umständen auf sämtliche seiner Organe zurückgreifen können, davon ist der Gemeinderat überzeugt. Während den letzten Monaten war dies leider nicht möglich. Dem Gemeinderat ist es deshalb ein Anliegen, dem Stadtrat gegenüber Rechenschaft über die letzten vier Monate abzulegen. Damit der vorliegende Bericht aktuell ist, wurde er sehr kurzfristig aufbereitet.

Wir sind dankbar, dass die Pandemie die Stadt Biel, den Kanton Bern und die ganze Schweiz letztendlich relativ mild getroffen hat. Nichtsdestotrotz sind unsere Gedanken heute Abend bei den Kranken und Verstorbenen sowie bei deren Angehörigen. Dass wir so glimpflich davon gekommen sind, hat unter anderem damit zu tun, dass die Bevölkerung, auch in Biel, den Sinn der angeordneten Massnahmen verstanden und zum grossen Teil sehr diszipliniert und gut umgesetzt hat. Nach Ansicht des Gemeinderats hat dies auch deshalb so gut funktioniert, weil der Bundesrat stets massvoll vorgegangen ist. Obwohl von den lateinischen Kantonen gefordert, wurde beispielsweise auf eine totale Ausgangssperre verzichtet. Die erfolgreiche Senkung der Ansteckungsrate zeigt, dass die Massnahmen nur zusammen mit der Bevölkerung und nicht gegen sie funktionieren. Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle allen für ihren Einsatz und ihren Beitrag zum guten Verlauf während der ausserordentlichen Lage. Der Dank geht speziell an alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Die Krisensituation hat gezeigt, wie wichtig, auch für die Sicherheit der Bevölkerung, ein funktionierender leistungsfähiger Service public ist. Selbstverständlich ist das städtische Personal zu schützen und Erkrankungen müssen vermieden werden. Der Gemeinderat führte die Stadtverwaltung so, dass diese auch in einer Krisensituation für die Bevölkerung da sein konnte. Ich denke, das ist uns ganz gut gelungen. Auf eine solche Pandemiesituation war niemand vorbereitet. Die Zusammenarbeit vor Ort war nicht mehr möglich und stellte eine riesige Herausforderung dar. Sehr schnell, bereits wenige Tagen nach Ausrufung der besonderen Lage, wurde der Führungsstab Pandemie der Stadtverwaltung eingesetzt. Die Krisensituation konnte mit erfahrenen Führungsleuten und funktionierenden Führungsstrukturen schnell und ergebnisorientiert organisiert werden. Der Führungsstab Pandemie wurde mit Finanzkompetenz für dringliche Anschaffungen wie beispielsweise Desinfektionsmittel ausgestattet. Der Gemeinderat hat während dieser Zeit einen einzigen Notrechtsentscheid gefällt. Hierbei handelt es sich um den Kauf des Schulhauses an der Mattenstrasse 80. Der Kaufentscheid wurde vom Gemeinderat, in Absprache mit Stadtratspräsident und Präsidentin der GPK und anstelle von Stadtrat und Volk gefällt und war die unerlässliche Ausnahme. Im Gegensatz zu Presseartikeln war dieser Entscheid keineswegs ein Staatsstreich. Die anspruchsvollste Phase war der kurzfristig auszuführende Lockdown. Kurz nach Bekanntmachung des Bundesrats musste die Umsetzung der Schutzmassnahmen gegenüber Bevölkerung und Medien erläutert

werden. Der Gemeinderat ist über die gelungenen typischen Bieler Lösungen sehr erfreut. Verschiedene Gemeinden sperrten beispielsweise ihre Seeuferwege weil sie aufgrund des angekündigten schönen Wetters über die Osterfeiertage grössere Ansammlungen befürchteten. In Biel hingegen wurde nicht die Uferpromenade gesperrt sondern die nahen gelegenen Parkplätze. Die Anreise für Auswärtige war damit nicht mehr attraktiv. Für BielerInnen jedoch war, mit kleinen Einschränkungen, das Seeufer jederzeit zugänglich.

Viele unter Ihnen interessiert sicherlich die Frage der finanziellen Konsequenzen. Heute können die mittel- und langfristigen Folgen der Coronakrise jedoch noch nicht abgeschätzt werden. Der Gemeinderat ist stolz auf die Initiativen, Unterstützungsleistungen und Hilfe zur Selbsthilfe der Bieler Zivilbevölkerung, welche sich in der Krise entwickelt haben. Die Stadtverwaltung musste die Bevölkerung nie über den Zivilschutz mit Nahrungsmitteln versorgen lassen. Eine grosse Belastung war die Situation für die Bewohnenden und Mitarbeitenden in den Altersheimen. Die ausserordentlich schwierige Situation, welche leider noch nicht beendet ist, wurde sehr gut gemeistert. Im Gegensatz zur Lage in der Lombardei konnten Probleme in den Institutionen verhindert werden. Eine sehr schwierige Ausgangslage stellte sich auch in den Schulen. Innerhalb eines Wochenendes musste auf Fernunterricht umgestellt und nach acht Wochen wieder zum Schulunterricht mit Schutzkonzept zurückgekehrt werden. Ich persönlich gehöre nicht zu denjenigen, die sagen, dass eine Krise auch immer ihr Gutes hat. Ich bin froh, wenn sie gemeistert ist! Die Folgen in ihrer vollen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Tragweite sind momentan nicht abzuschätzen. Letztendlich ist das Coronavirus momentan praktisch verschwunden aber sicher nicht ausgerottet. Herr Leuenberger hat vorhin eine zweite Welle erwähnt. Ich hoffe sehr, dass wir diese verhindern können. Jetzt gilt es mit Selbstvertrauen und Zuversicht, vorsichtig aber nicht ängstlich oder fahrlässig zu handeln. Ich bin überzeugt, dass aufgrund der Erfahrungen der letzten drei Monate unsere Stadt auch diese Krise bewältigen wird. Gemeinsam werden wir diese Herausforderung meistern. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Frank Lena, GPK: Zuerst bedanke ich mich im Namen der GPK bei der Stadtverwaltung für ihre geleistete Arbeit während den letzten ausserordentlichen Monaten. Ich bedanke mich zudem beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht aber auch für sein angemessenes, logisches Handeln in der Krisensituation. Die Information an die Bevölkerung wurde durch die regelmässig stattfindenden Medienkonferenzen sichergestellt. Der vorliegende Bericht stellt transparent das Handeln des Gemeinderats während den letzten Monaten dar. Ich komme kurz auf die Rolle und den Einbezug der GPK während der Krisensituation zu sprechen. Die GPK hielt im März ihre reguläre Sitzung ab. Damals zeichnete sich aber bereits ab, dass die darauf folgende Stadtratssitzung nicht stattfinden kann. Die GPK hat sich deshalb für die Absage der Stadtratssitzung ausgesprochen. Wir alle waren während der Coronakrise gefordert und werden es wahrscheinlich auch in Zukunft noch bleiben. Wir standen vor Entscheidungen, welche so noch nie getroffen werden mussten. Aus Sicht der GPK hat der Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Ich selber habe mich aber zwischenzeitlich gefragt, ob der Stadtrat nicht mehr Einfluss hätte nehmen sollen. Schlussendlich wäre dies aber gar nicht möglich gewesen, weil dazu die rechtliche Grundlage fehlt. Viele Entscheide zur Krisenbewältigung wurden auf höherer Verwaltungsebene gefällt. Auf lokaler Ebene kann die rechtliche Grundlage im Zusammenhang mit der Beratung zur Revision der neuen Stadtordnung diskutiert

und angepasst werden. Ich hoffe jedoch, dass die gesetzliche Grundlage zur Bewältigung von Krisensituationen auf kommunaler Ebene nie mehr benötigt wird.

Bigler Jarno, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat den vorliegenden Bericht des Gemeinderats interessiert zur Kenntnis genommen. Wir sind der Meinung, dass sich sowohl der Gemeinderat als auch die Stadtverwaltung und die Bevölkerung der Stadt Biel in den letzten Wochen vorbildlich verhalten haben. Dafür danken wir herzlich. Die letzten Wochen haben den Wert eines gut funktionierenden Service public auch in der Krise eindrücklich aufgezeigt. Erfreulich ist, dass die Stadtverwaltung ihren Service so gut hat gewährleisten können. Die Fraktion SP/JUSO ist der Meinung, dass der Gemeinderat sich beim Kaufentscheid für die Liegenschaft an der Mattenstrasse korrekt und sinnvoll verhalten hat. Wie der Gemeinderat ist auch die Fraktion SP/JUSO enttäuscht über den Entscheid des Kantons bezüglich der Finanzierung der ausgefallenen Kitagebühren ohne die Gemeinden vorher zu konsultieren. Um ein solches Vorgehen in Zukunft zu verhindern, bittet die Fraktion SP/JUSO den Gemeinderat, die Kantonsregierung vorab zu kontaktieren. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass er den geschaffenen Mehrwert in der Zivilbevölkerung künftig bewahren und pflegen will. Wie will er das tun? Die Stadtverwaltung hat für die Arbeit im Home Office 123 mobile Geräte eingekauft. Wieso wurde hier anstelle einer Softwarelösung, die Hardware bevorzugt? Der Pandemiestab hat sicherlich gute Arbeit geleistet. Die Zusammensetzung dieses Gremiums ist jedoch fragwürdig. Die einzige Frau im Pandemiestab war zuständig für das Protokoll. Kein vernünftiger Fachmann würde ein Team so zusammensetzen. Wie wichtig Diversität ist, wissen wir alle. In den Pandemiestab wurden Führungskräfte berufen und das sind halt Männer. Hier besteht in der Stadtverwaltung Nachholbedarf.

Bohnenblust Peter, FDP: Der vorliegende Bericht ist wichtig und richtig. Primär gilt es aber vorwärts zu schauen. Ich halte mich deshalb bei der Rückschau kurz. Der Bericht ist ausführlich und detailliert. Etwas boshaft kann vielleicht gefragt werden, ob der Gemeinderat sich selber wirklich so ausführlich rühmen muss. Er kann sich jedoch zu Recht rühmen. Der Pandemiestab wurde rasch eingesetzt und arbeitete effizient. Der Bundesrat verzichtete während der ausserordentlichen Lage lediglich auf die eidgenössische Abstimmung. Andere Abstimmungen waren nicht verboten. Da der Stadtrat jedoch nicht tagte, fehlte zu den Abstimmungsvorlagen die Vorberatung im Parlament. Ich möchte gerne wissen, ob der gemeinderätliche Kredit von CHF 10'000 für eine kostenlose Erstberatung zur Geltendmachung der Ansprüche von Selbständigerwerbenden beansprucht wurde. Zum Schlusssatz des Berichts: *«Der Gemeinderat wird noch eine umfassende Analyse zur Coronakrise bzw. zu ihrer Bewältigung – dies namentlich unter Auswertung der erfolgten Tätigkeiten des Pandemiestabes – vornehmen, um allfällige Mängel im Krisenmanagement zu beheben und die diesbezüglichen Prozesse weiter zu optimieren»*. Gibt es einige Anregungen.

1. Sollten Prozesse, auch parlamentarische im Krisenmanagement nicht auch im Rahmen der Revision in die neue Stadtordnung aufgenommen werden?
2. Die Überarbeitung des Reglements über ausserordentliche Lagen (SGR 521.1): Diese Regelungen beinhaltet für mich primär die Bewältigung von kurzfristigen Ereignissen und weniger längerfristige.
3. Die Möglichkeit im Home Office zu arbeiten sollte auch in der Stadtverwaltung aufgewertet werden.

4. Jetzt müssen die Probleme erkannt und nachhaltige Unterstützungsmassnahmen gewährleistet werden. Dies muss zusammen mit Bund, Kanton und Region sichergestellt werden.

Mein Dank geht an den Gemeinderat und die Stadtverwaltung und an die Solidarität der BürgerInnen. Wir können stolz sein auf uns!

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a pris connaissance avec satisfaction du rapport du Conseil municipal et le remercie pour les précisions et analyses fournies concernant les mesures prises par la Ville de Bienne, en relation avec le Coronavirus. Un virus qui nous a toutes et tous pris un peu de court et auquel il a fallu faire face et s'organiser dans les meilleurs délais. Les différentes situations de crises, auxquelles nous ne sommes suffisamment peu préparées, ne tiennent peu ou pas trop compte d'un élément déterminant, le confinement. En effet, c'est fini de se réunir en présentiel pour analyser la situation et prendre les mesures nécessaires, comme cela se fait traditionnellement en cas de catastrophe. Il faut s'adapter rapidement au télétravail, à la vidéoconférence, à la collaboration à distance. Voilà une situation qui est à même de déstabiliser tout un système. Pour le résultat final, c'est quasi tout le contraire que l'on peut constater. Malgré les mesures sanitaires plus ou moins draconiennes, qui ont été mises en place, le Conseil municipal a su gérer la situation et assumer ses responsabilités, avec compétence. L'Administration communale a bien fonctionné, la gestion des homes n'a pas rencontré de situation alarmante, les crèches ont pu maintenir une offre minimum mais adéquate et les directions d'écoles et les enseignant(e)s ont quasi inventés l'école à distance, en moins de 48 heures. Des structures d'accueil ont été mises en place pour les élèves ne pouvant pas rester à la maison. Différents services, comme les transports publics, la voirie, les ambulances et j'en oublie certainement, ont maintenu une certaine cadence. Les services sociaux ont assuré l'accueil des personnes en difficultés. Bref, la population ne s'est certainement pas trop sentie abandonnée, malgré l'isolement imposé par cette situation particulière.

Mis à part le projet d'achat urgent du bâtiment de la rue des Prés, qui s'avérerait nécessaire et qui a été tributaire des délais du calendrier, le Conseil municipal a, tout au long de cette pandémie, pris les décisions pertinentes afin de garantir l'indispensable service public, comme mentionné dans le rapport. Quand on apprend qu'il a fallu mettre à disposition des appareils mobiles pour 123 collaborateurs et collaboratrices, on se rend compte aisément de l'ampleur du travail. Il ne s'agit donc pas, ici, de dresser la liste des mesures prises, ni de caresser nos Autorités dans le sens du poil, mais il s'agit simplement de constater, que malgré les circonstances liées à cette pandémie, le Conseil municipal a assumé et assuré. Au nom du Groupe PSR, je vous dis merci et bravo.

En conclusion, il est également positif et réjouissant d'apprendre que le Conseil municipal va procéder à une analyse globale de la crise afin d'en retirer les effets positifs d'une part, mais d'autre part de prendre en compte les lacunes et ajustements, qui doivent figurer dans un concept particulier de crise pandémique.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Es freut mich sehr, Sie alle hier wiederzusehen. Im Februar 2020 konnten wir letztmals miteinander diskutieren und Beschlüsse fassen. Die Welt war anschliessend nicht mehr dieselbe. Der Coronavirus

hat unseren Alltag überrollt und uns alle verunsichert. Der Bundesrat und die Bundesverwaltung haben in dieser Lage das Schiff souverän gelenkt, obwohl mit den getroffenen Massnahmen nicht alle zufrieden waren. Das Schlimmste ist hoffentlich überstanden. Die Coronapandemie hat das nationale, kantonale und unser städtisches Parlament kurzzeitig ausser Kraft gesetzt. Jetzt haben die Parlamente das Ruder wieder übernommen. Heute kann in einem ersten Rückblick über die Massnahmen des Gemeinderats diskutiert werden. In diesem Zusammenhang danke ich im Namen der Fraktion SVP/Die Eidgenossen dem Gemeinderat, der Verwaltung und allen, welche sich für die Stadt Biel eingesetzt haben. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nimmt vom vorliegenden Bericht Kenntnis. Er ist ausführlich und informativ. Ein subjektiver Kritikpunkt lässt sich anbringen: Der Überblick auf die finanziellen Auswirkungen fehlt. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hofft nun auf weitere Massnahmen zur Rettung der Bieler Wirtschaft. Mit Solidaritätsbons allein ist es nicht getan. Beispielsweise könnte während der ersten Stunde gratis parkiert oder die öffentlichen Verkehrsmittel am Samstag kostenlos genutzt werden. Wieso stellt der Gemeinderat 500 Personen einen Gutschein für den Veloservice zur Verfügung und nicht auch für einen Autoservice? Das Ziel ist schlussendlich, dass die Leute nach Biel kommen und in der Stadt konsumieren.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Herzlichen Dank für den ausführlichen und beeindruckenden Bericht. Er ist transparent und schlüssig. Die Fraktion Grüne hat den Eindruck, dass der Gemeinderat die Bevölkerung in Biel umsichtig und kompetent betreut hat. Dafür bedanken wir uns. Das war toll und ich gehe davon aus, dass dies weiterhin so bleibt. Insbesondere hat die Fraktion Grüne gefreut, dass die Plattform Office 365 um mehrere Monate vorgezogen wurde. Bleibt nur, mich meinen VorrednerInnen anzuschliessen. Die Anregung von Peter Bohnenblust, mögliche parlamentarische Prozesse in Krisensituationen bei der Beratung zur neuen Stadtordnung aufzunehmen, ist zu diskutieren. Allenfalls sind Möglichkeiten für eine virtuelle Sitzungsteilnahme zu schaffen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Je remercie encore une fois le Conseil municipal d'avoir bien géré cette crise avec le soutien de l'Administration. Il faut tout d'abord souligner que les EMS de la Ville mais également privés ont bien fait leur travail en évitant des décès suite au COVID, bravo! Il s'agira, j'espère bientôt de permettre à nos aînés de sortir à nouveau en toute sécurité. Un si long confinement est difficilement supportable même s'il est nécessaire. Nous avons pu constater également que le règlement actuel du Conseil de ville ne permet pas un fonctionnement minimal à distance. Il s'agira d'en tirer les leçons et d'en tenir compte lors de la révision à venir. Même si le Conseil municipal et la direction des écoles ont bien gérés la reprise des écoles obligatoires, à l'écoute de certains parents d'élèves et de certains enseignant(e)s romands le Conseil municipal aurait pu prendre davantage en compte la sensibilité romande et reprendre plus lentement.

Le Groupe PRR salue les différentes mesures du chapitre 4 dont spécialement la place mise à disposition pour des terrasses supplémentaires. La continuité dans le soutien à la culture mais aussi la mise en place avec succès d'une table ronde pour les loyers commerciaux. Nous reviendrons sur la proposition des bons. L'aspect sanitaire, bientôt je l'espère, derrière nous, il s'agira maintenant de tout mettre en oeuvre pour garantir la reprise de l'économie et d'éviter les faillites et sauver les emplois. Les villes devront également lutter ensemble face au Canton et à la Confédération afin d'éviter qu'elles

ne soient sacrifiées dans les programmes d'économies de rangs supérieurs, qui ne sont souvent que des transferts de charges violent le principe de l'équivalence fiscale. Nous devons encore plus qu'avant être attentifs.

Brunner Thomas, EVP: Ich danke dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Ich gehe kurz auf die fünfte Massnahme, Unterstützung der Bieler Kulturszene auf Seite 12 ein. Der Gemeinderat schreibt: *«Zur Gewährleistung der Transparenz müssen alle, die Beiträge von der Stadt erhalten, einen Bericht über ihre finanzielle Situation liefern»*. Wo ist die rechtliche Grundlage dazu? Ich hoffe, dass eine existiert, denn ohne eine rechtliche Grundlage kann dies so nicht durchgeführt werden. Die zweite Massnahme erwähnt das Gewerbe, namentlich Restaurants und Verkaufsgeschäfte, welche mehr Aussenraum erhalten. In einem Rechtsstaat mit Gleichbehandlung an oberster Stelle nützt diese Massnahme jedoch bei weitem nicht allen. Deshalb bin ich mit dieser Massnahme nicht ganz einverstanden.

Heiniger Peter, PdA: Ich danke an dieser Stelle allen für ihre Arbeit. Der grosse Mehraufwand war nicht immer einfach zu bewältigen. Ich beispielsweise unterrichtete immer noch im Homeschooling. Thomas Brunner hat vorhin die Situation des Gewerbes, vor allem der Restaurants erwähnt. Verschiedene Gastwirte hatten mich angesprochen, weil sie keine Möglichkeit haben, ihre Aussenfläche zu erweitern. Der Gemeinderat hat jedoch aus der Situation das Beste gemacht und ich danke ihm dafür.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich danke Ihnen allen für die Würdigung der Arbeit. Ich gehe auf die aufgeworfenen Themen ein. Das Zusammenspiel mit dem Kanton ist nicht immer einfach. Hätte für eine Entschädigung der Kitas nicht auch der Kanton viel stärker auf einen Bundesentscheid drängen sollen? Der Bund hat schliesslich den Massnahmenplan für die Kitas erlassen. Die Staatsebene, welche die Einschränkung beschliesst, sollte auch über eine allfällige Kompensation befinden. Nur so findet eine vertiefte Güterabwägung zwischen den verschiedenen Interessen statt. Wenn aber die eine Ebene Massnahmen anordnet und eine andere zahlen soll, besteht das Risiko einer weniger präzisen Güterabwägung. Selbstverständlich ist es frustrierend, wenn der Regierungsrat beschliesst, dass die Entschädigung der Kitas mit 50% zulasten der Gesamtheit der Gemeinden geht. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs (öV) mit seinem Verbundsystem bleiben ebenfalls Fragen zur Deckung der Ausfälle. Die Gemeinden sollten angehört werden und mitbestimmen können, wie der öV stabilisiert werden kann und nicht ohne Mitsprache zur Kasse gebeten werden. Bei den Personalkosten bietet die Kurzarbeitsentschädigung oder die Erwerbsersatzordnung (EO) eine gewisse Abfederung. Nebst diesen Kosten ist die Miete für Gewerbetreibende der grösste Kostenblock. Dass für die Mieten von der Bundespolitik keine Lösung gefunden wurde, bedauert der Gemeinderat.

Herr Bigler fragte, wie der Gemeinderat den geschaffenen Mehrwert bewahren will. Es geht vor allem um die Vernetzung und Förderung. Die Stadtverwaltung soll jedoch nicht die zivilgesellschaftliche Initiative übernehmen. Die Bemerkung über die personelle Zusammensetzung des Pandemiestabes nimmt der Gemeinderat entgegen, wird kurzfristig aber nichts daran ändern.

Herr Bohnenblust, besten Dank für Ihre Anregungen. Selbstverständlich sind alle Angaben im vorliegenden Bericht korrekt!

Frau Schneider möchte bereits heute mehr über die finanziellen Folgen wissen. Ich habe bereits erwähnt, dass der Gemeinderat nicht genau weiss, wie lange und wie tief die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Nachwirkungen der Coronakrise sein werden. Zurzeit sind deshalb dazu keine Angaben verfügbar.

Frau de Maddalena hofft, dass der Gemeinderat seine Arbeit weiterhin seriös erledigt. Selbstverständlich, sichere ich Ihnen dies, auch im Namen meiner GemeinderatskollegInnen zu! Das Thema, wie der Stadtrat während einer ausserordentlichen Lage funktionieren kann, wurde verschiedentlich erwähnt. Frau de Maddalena schlägt vor, dies im Zusammenhang mit der Revision der Stadtordnung zu diskutieren. Über die Stadtordnung bestimmt der Stadtrat im Rahmen des kantonalen Rechts, der Gemeindegesetzgebung (Gemeindegesetz; BSG 170.11). Ich nehme an, die Meinungen zu elektronischen Parlamentssitzungen gehen auseinander. Diese Diskussion hat der Stadtrat zu führen.

Herr Brunner, Sie fragten nach der Rechtsgrundlage über die Offenlegung der finanziellen Situation von Kultureinrichtungen. Die Empfänger von Subventionen haben einen Leistungsvertrag und sind daher zur Rechnungslegung verpflichtet. Selbstverständlich muss für den Bezug von öffentlichen Geldern Rechenschaft abgelegt werden. In diesem speziellen Fall, wird Rechenschaft über die bezogenen Mittel aus Bundes- und Kantonsentschädigung gefordert. Die Rechtsgrundlage ist also durch den Leistungsvertrag gegeben. Ausserdem verpflichtet die Entgegennahme von staatlichen Geldern zur Transparenz. Sozialhilfebeziehende müssen schliesslich auch ihre Vermögensverhältnisse offenlegen. Zum zweiten Punkt über den vergrösserten Aussenraum für Restaurants und Einkaufsgeschäfte: Selbstverständlich kann dies nur unter den entsprechenden Voraussetzungen umgesetzt werden. Der Gemeinderat erwartet von allen Betroffenen eine gewisse Toleranz. Restaurants müssen nicht unbedingt bis zur Schliessung draussen Betrieb haben. Die Anwohnenden müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass Restaurants auf Aussenplätze angewiesen sind. Um den Betrieben die Existenz zu ermöglichen müssen halt in diesem Sommer Einschränkungen in Kauf genommen werden. Es braucht pragmatische Lösungen und gesunden Menschenverstand damit es für alle funktioniert.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zu den Coronamassnahmen der Stadt Biel.

86. 20200155 COVID-19 / Lokale Solidarität / «Biel für Biel» / Unterstützungsmassnahmen für Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Sport / Nachkredit

Frank Lena, GPK: Der Gemeinderat will mit den vorgeschlagenen Massnahmen die lokale Wirtschaft wieder ankurbeln. Nach dem Lockdown ist dies unumstritten notwendig. Die Gutscheine können in den Geschäften mit Sitz in Biel eingelöst werden. Die Einlösung der Gutscheine soll rasch passieren. Die Gültigkeit beschränkt sich auf Juli bis September damit das Weihnachtsgeschäft nicht konkurriert wird. Die sachliche Beurteilung durch die GPK hat keinen Widerspruch zum vorliegenden Geschäft gefunden. Allerdings hat die Umsetzung vor allem auf politischer Ebene durchaus zu

Diskussionen geführt. Ich komme zuerst auf die inhaltlichen Fragen zu sprechen: Aus den Unterlagen geht hervor, dass der Gemeinderat eine externe Projektbegleitung engagiert hat. Die GPK fragte sich, ob für die Projektbegleitung nicht eine interne Lösung gefunden werden konnte. Nach Auskunft des Stadtpräsidenten war dies aus zeitlichen und fachlichen Gründen nicht möglich. Die Mandatskosten belaufen sich auf rund CHF 10'000, was in Anbetracht der Gesamtsumme des vorliegenden Nachkredits einen geringen Anteil ausmacht. Das Mandat umfasst nicht nur die Entwicklung der Idee sondern, falls der Stadtrat den Nachkredit genehmigt, auch die Projektbegleitung. Bedenken hat die GPK zum Ansatz der Unterstützungsmassnahmen. Einerseits stiess der Fokus auf das Gewerbe auf Kritik andererseits stört das Vorgehen nach dem Giesskannenprinzip. Nicht alle Gutscheinempfänger haben diesen wirklich nötig. Warum kommen alle Einwohnenden in den Genuss des Gutscheins und nicht nur diejenigen, welche durch den Lockdown in eine Notlage geraten sind? Wie können die Gutscheine an Bedürftige weitergegeben werden? Gemäss Stadtpräsident wurde die flächendeckende Verteilung der Gutscheine gewählt, weil damit Gewerbe, Gastronomie und Kunstschaaffende unterstützt werden sollen. Für Unterstützung der Bedürftigen müsste ein anderer Ansatz gewählt werden. Eine Schenkung der Gutscheine ist jederzeit möglich, da diese nicht personengebunden ausgestellt werden. Die GPK hat ausserdem kritisch hinterfragt, was überhaupt als Bieler Gewerbe gelten soll. Unternehmen, welche ihren Hauptsitz in Nidau haben, sind von der Aktion ausgeschlossen. Franchisingbetriebe einer grossen Kette mit Sitz in Biel jedoch profitieren von dieser Massnahme. Die GPK sieht dies als ungerecht an. Ausserdem gibt sie zu bedenken, dass die Gutscheinaktion zu Marktverzerrungen führen könnte und somit der Wirtschaft nicht dient und möglicherweise gar nicht rechtens ist. Nach eingehender Abwägung stimmt die GPK dem Geschäft mit knapper Mehrheit zu.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Ich habe bereits erwähnt, dass die Fraktion FDP mehrheitlich gegen die Ausgabe der Gutscheine ist. Die Massnahme ist sicherlich gut gemeint aber was gut gemeint ist, kann manchmal falsch herauskommen. Positiv ist, dass die Giesskanne mit der ausschliesslichen Unterstützung für das Kleingewerbe eingeschränkt wird. Positiv ist ebenfalls, dass die Einlösung der Gutscheine bis September zeitlich begrenzt ist. Wie bereits von der GPK-Sprecherin geäussert, bleiben viele Fragen offen. Der Gesamtbetrag von CHF 1,5 Mio. ist sehr hoch. Darüberhinaus stellen sich rechtliche Fragen, welche die GPK-Sprecherin bereits erwähnt hat. Ich will jetzt kein Rechtsseminar abhalten aber die Gebote der Gewerbefreiheit und vor allem der Gleichbehandlung sind nicht ausser Acht zu lassen. Das Kriterium des Hauptsitzes in Biel wird schwierig einzuhalten sein. Ohne diese Einhaltung besteht aber die Gefahr von Willkür. Nicht das ganze Gewerbe ist wirklich hilfsbedürftig. Die Giesskanne ist hier die falsche Massnahme. Ebenso benötigt nur ein kleiner Teil der Einwohnenden Hilfe. Die breite Streuung ist falsch und nach Ansicht der Fraktion FDP nicht zielführend und nicht nachhaltig. Die Fraktion FDP hat deshalb heute einen Vorstoss eingereicht (Postulat 20200183 «Unterstützung Gewerbe und Bevölkerung in der COVID19-Zeit»). Wir sind überzeugt, dass unsere 7 Forderungen mit wenig, teilweise sogar ohne Geld, rasch umgesetzt werden können und nachhaltiger sind. Die Wirtschaftsverbände stehen der Massnahme des Gemeinderats positiv gegenüber. Sie wären dumm, diese Hilfe nicht anzunehmen. Im Gespräch jedoch haben verschiedene WirtschaftsvertreterInnen bestätigt, dass das beabsichtigte Giesskannensystem des Gemeinderats ökonomisch fragwürdig sei. Eine alte Weisheit besagt, dass der Aufschwung im Kopf anfängt. Zum Aufschwung gehört auch Vertrauen. Jerome Powell der Notenbankchef der USA ist der Meinung, dass für eine

komplette Erholung der Wirtschaft die Menschen komplettes Vertrauen haben müssen. Vertrauen lässt sich aber nicht an Plakatwänden und mit Inseraten herbeizaubern. Es lässt sich auch nicht erkaufen. Genau dies versucht jedoch der Gemeinderat mit der vorgeschlagenen Massnahme. Auch auf kantonaler und eidgenössischer Ebene wird jetzt versucht, die BürgerInnen zu kaufen. Diese Massnahmen sind aber nicht vertrauensfördernd, denn die BürgerInnen sind nicht dumm. Das jetzt ausgegebene Geld muss später wieder zurückgeholt werden, was entweder Steuererhöhungen und/oder Sparmassnahmen bedeutet. Deshalb: Verzichten wir doch auf die Gutscheinaktion. Der gutgemeinte Vorschlag des Gemeinderates täuscht. Die Fraktion FDP wird das Geschäft mehrheitlich ablehnen.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Ruhe, einfach nur Ruhe auf der Strasse und am Himmel. Zuhause bleiben und viel Zeit für sich haben. Ich habe die meiste Zeit während des Lockdowns positiv erlebt. Erlebt habe ich auch eine, mir so sehr erwünschte Solidarität unter den verschiedensten Menschen. Eine Solidarität bei welcher es nicht um politische Positionierung geht. Wie schnell haben sich in Biel/Bienne Leute gefunden, um anderen zu helfen und ihnen beizustehen. Ein einziges Volk von Brüdern und Schwestern in der Schweiz, weltweit - ein Traum. Leider, denn kaum ist die kollektive Angst vor dem Unbekannten etwas abgeflaut, macht sich schleichend wieder Egoismus und Narzissmus breit. Politische Gräben öffnen sich wieder. Setzen wir heute als Parlament ein Zeichen der Solidarität. Solidarität mit denjenigen, welche schon vor der Krise nicht auf Rosen gebettet waren. Es sind nicht diejenigen, welche täglich bis zu 12 Stunden arbeiten und Ende Monat ein gesichertes hohes Einkommen ausbezahlt erhalten. Es sind diejenigen, welche 12 Stunden arbeiten und trotz allem Ende des Monats froh sind, wenn sie ihre Rechnungen bezahlen können. Ich spreche vor allem von den kleinen Geschäften in der Bieler Innenstadt. Sie haben sich trotz Internet in den letzten Jahren etablieren können. Sie haben Konzepte entwickelt und gehen neue Wege. Dies bescherte ihnen in den Zeiten vor der Pandemie ein Einkommen, welches ihnen erlaubte, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Mit dem Lockdown war dies alles nicht mehr möglich. Die Mieten mussten immer noch beglichen werden aber niemand durfte die Produkte kaufen. Die Boutiquen beispielsweise hatten die Sommermode schon im Schaufenster, konnten diese aber nicht verkaufen. Die Konsumierenden wichen wohl oder übel auf das Internet aus. Die Kleider im Laden wurden beim Produzenten eingekauft, können aber kaum mehr zu den kalkulierten Preisen weitergegeben werden. Löhne konnten nicht mehr ausbezahlt werden. Kurzarbeit half dabei ein wenig. Die laufenden Kosten aber häufen sich an. Angst macht sich breit. Das ist nur ein Beispiel. Den meisten Branchen ist es wohl so ergangen.

Wir Bielerinnen und Bieler haben uns in den letzten Jahren sehr über das Engagement der Gewerbetreibenden in der Bieler Altstadt gefreut. Den First Friday kennt jede und jeder. Auf die Innovationskraft in Biel sind und waren wir stolz. Sie erhielt auch schweizweit grosse Beachtung. Jetzt gilt es unsererseits ein Zeichen zu setzen. Helfen wir doch den Bieler Geschäften mit dem Solidaritätsbon (Solibon) über die ersten grossen Klippen in der Coronakrise. Alle Bielerinnen und Bieler erhalten einen Bon über CHF 25. Diesen können wir einlösen oder auch nicht. Der Bon kann nur bis Ende September an Orten eingelöst werden, deren Hauptsitz in Biel/Bienne ist. Sie sind eingeladen, die Geschäfte physisch und nicht virtuell zu besuchen. Damit lohnt es sich wieder, in die Stadt zu gehen um einzukaufen oder sich einen Kaffee zu gönnen. Der Bon soll ein Anschub sein. Eine tote Innenstadt und arbeitslose von der Sozialhilfe

abhängige Menschen sind ein Horrorszenario. Die Solibons können viel bewirken. Ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen und dem vorliegenden Nachkredit zuzustimmen.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Ein wichtiges Ziel wurde bereits erreicht, nämlich die breite Diskussion über das vorliegende Geschäft. Die Leute machten sich Gedanken über die Solidaritätsbons und dabei wurde viel über Politik gesprochen. Ich denke, das ist ein wichtiges Ziel. Herr Bohnenblust, Sie haben vorhin darüber gesprochen, das Vertrauen wieder aufzubauen. Genau der vorliegende Entwurf ist ein Signal an die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden für Vertrauen. Kurz nach dem Lockdown sind die städtischen Behörden da und geben ein Zeichen. Die Fraktion SP/JUSO hat die von meinen VorrednerInnen angesprochenen Punkte ebenfalls kontrovers diskutiert. Wieso erhalten nicht nur die Bedürftigen einen Gutschein? Die Fraktion SP/JUSO ist sehr gerne bei Projekten dabei, welche Leute unterstützen, die es wirklich nötig haben. Zum heutigen Zeitpunkt können die Gewerbetreibenden von Biel Hilfe gebrauchen. Für die Fraktion SP/JUSO ist das Lokale sehr wichtig. Die Coronakrise hat gezeigt, lokal, regional und Solidarität sind besonders wichtig. Das vorliegende Projekt ist lokale Solidarität. Die Gutscheine können auch gespendet werden und kommen somit Bedürftigen zugute. Die Fraktion SP/JUSO wird dem vorliegenden Nachkredit zustimmen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie le Conseil municipal de son travail et sa recherche de solution pour soutenir l'économie. La mesure proposée va dans cette direction et nous la saluons. Il est central de limiter l'utilisation de ces bons à des entreprises, qui sont contribuables à Bienne. Le choix du siège social était la bonne solution mais ne devrions-nous pas parler plutôt de domicile fiscal biennois. Afin de permettre aux plus défavorisés avec une utilité de ces bons, nous pourrions également y ajouter le magasin Caritas, comme commerce possible, même si son siège n'est pas à Bienne. Toutefois, **le Groupe PRR souhaiterait soumettre une contre-proposition.** La Ville pourrait **vendre des bons de 50 fr. au prix de 25 fr.** afin de montrer que la Ville, mais aussi bien les particuliers sont prêts à mettre un certain prix pour assurer le soutien local biennois.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Auch die Fraktion Einfach libres! dankt dem Gemeinderat für seinen Bericht zu den Coronamassnahmen, seinem Engagement und das der ganzen Stadtverwaltung. Der Gemeinderat hat sich in dieser schwierigen Zeit sehr bemüht, die Folgen des Lockdowns im Rahmen seiner Möglichkeiten zu mildern. Vom vorliegenden Vorschlag ist die Fraktion Einfach libres! jedoch nur mässig begeistert. Mit dem Anliegen der lokalen Solidarität sind wir voll und ganz einverstanden. Jedoch denken wir, dass dieser Umsetzungsvorschlag nicht zielführend ist. Die Pandemie hat gezeigt, wie schnell ein Kartenhaus zusammenbrechen kann und wie wenig es braucht, um Menschen in Not geraten zu lassen. Kleine und mittlere Unternehmen, Kulturbetriebe und Vereine sind stillgestanden und befinden sich plötzlich vor dem Abgrund. Dass die Stadtverwaltung Unterstützung anbietet, ist sinnvoll. Das vorgeschlagene System der Gutscheine ist jedoch nicht zu Ende gedacht. Es wird denjenigen, welche tatsächlich Hilfe benötigen nicht gerecht. Es ist vielmehr ein unbeholfener Versuch, den Konsum bei den in Biel domizilierten Geschäften anzukurbeln. Dies mit einem administrativ komplizierten Vorgehen. Eigentlich wäre es Zeit für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Mit dem Bonsystem wird eine lokale, zeitlich limitierte Währung eingeführt. Ich nenne diese Währung jetzt einmal «Coronas». In letzter Konsequenz müsste die Stadt aber 57'000 mal 25 Coronas im

Gegenwert von CHF 25 bedingungslos verschicken. Die Coronas wären wie Geld im Umlauf und bei der Stadtverwaltung zur Bezahlung von Dienstleistungen akzeptiert. Die Laufzeit wäre unlimitiert. Alle Geschäfte, Gewerbe, Vereine und Institutionen, welche ihren Sitz in Biel haben, würden ein Siegel von der Stadt erhalten. Den Kunden und Unternehmen würde damit garantiert, dass die Gutscheine überall einlösbar sind und in Umlauf gelangen. Eben, eine lokale Währung mit einem Startkapital von CHF 1,5 Mio. Dem vorliegenden Umsetzungsvorschlag gegenüber bleibt die Fraktion Einfach libres! kritisch eingestellt. Es bleiben viele Fragen offen. Kann der Bon weiterverschenkt werden? Kann jemand mehrere Bons einlösen, das heisst, sind sie bedingungslos übertragbar? Welche Geschäfte in Biel akzeptieren die Gutscheine? Was ist mit Vereinen? Sie bezahlen keine Steuern, haben aber eventuell ihren Sitz in Biel und Unterstützungsbedarf. Sind sie ausgeschlossen? Was ist die Definition eines Bieler Unternehmens? Warum braucht es eine App, welche Daten sammelt? Wie wird der Datenschutz sichergestellt und was passiert mit den Daten? Anhand dieser wenigen Fragen ist ersichtlich, wie unausgegoren das Projekt ist. Eine lokale Währung wäre ein wesentlich einfacherer und viel spannender Ansatz, Solidarität umzusetzen. Gleichzeitig könnte damit die lokale Wirtschaft und das soziale und kulturelle Leben wieder angekurbelt werden, ganz im Geist von regional produziert, regional konsumiert. Im Moment ist die lokale Solidarität, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen eher ein Marketinggag. Der Gutschein von CHF 25 ist bloss ein Zuckerstück, kompliziert organisiert. Viel Symbolpolitik, welche bedauerlicherweise schlecht umgesetzt wird.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen diskutierte gespalten über das vorliegende Geschäft. Wir sehen die Massnahme als Unterstützung des lokalen Gewerbes. Positiv ist insbesondere, dass die Geschäfte mit zusätzlichen Einnahmen wiederum Steuergelder in die Stadtkasse zurückbringen. Die Vorlage ist eine unkomplizierte Massnahme für Firmen und Organisationen mit Sitz in Biel. Andererseits weist der Vorschlag des Gemeinderats negative Punkte auf. CHF 1,5 Mio. klingt nach viel Geld, zur Unterstützung der Wirtschaft ist es jedoch wenig. Der Bund rechnet mit der Bereitstellung von CHF 90 Mia. zur Bewältigung der Krise. Würden wir im Stadtrat heute beispielsweise eine Sitzungspause machen, würde ich in einem der umliegenden Restaurants ungefähr CHF 40 ausgeben, was deutlich mehr ist als der Gutschein von CHF 25. Es werden aber nicht nur steuerzahlende Unternehmen unterstützt sondern auch steuerbefreite Organisationen, was eine zusätzliche Subvention darstellt. Der Bund hat bereits ein Massnahmenpaket zur finanziellen Absicherung bereitgestellt. Ob sich die Investition von CHF 1,5 Mio. finanziell auszahlt bleibt fraglich. Die wirtschaftlichen Folgen werden erst im nächsten Jahr ersichtlich sein. Momentan konnten viele Leute ihre Arbeitsplätze behalten. Die Gutscheine sind jedoch nur jetzt kurzfristig einlösbar. Negativ festhalten lässt sich, dass der Gemeinderat zwar eine gute Idee hatte, es sich aber schlussendlich um eine blossе Sympathieaktion ohne wirtschaftlichen Nutzen handelt. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen würde nachhaltige Investitionen zur Unterstützung der Wirtschaft vorziehen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt bei wirtschaftlich guter Lage gespart. Niemand konnte diese Krise voraussehen. Ich sagte in der Vergangenheit immer wieder, dass in wirtschaftlich guten Jahren Gelder für Notsituationen angespart werden müssen. Die Stadt Biel hat leider das Problem, dass trotz guter Lage stets Defizite geschrieben wurden, jetzt steht kein Geld zur Verfügung. Es müssten weitaus mehr als CHF 1,5 Mio. ausgegeben werden. Dieses Jahr und das nächste lassen die finanzielle Lage in Biel desaströs werden. Eine schwarze Null zu erreichen, wird aufgrund zu erwartender Steuerausfälle nicht möglich sein. Mit der

vorgeschlagenen Massnahme wird in einem symbolischen Akt Geld ausgegeben ohne dass es sich für die Stadt auszahlt. Gezielte Investitionen mit Massnahmen, welche sich im Nachhinein für die zukünftige Entwicklung der Stadt Biel auszahlen, wären vorzuziehen.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: C'est relativement impressionnant de prendre la parole dans cette salle! J'ai souvent assisté à des concerts, mais cela change la perspective. Nous sommes donc là pour parler des bons de solidarités. Quelle bonne idée, comme leur nom qui est magnifique. La solidarité est un concept qui nous parle, à nous au sein du PSR. Nous constatons également l'interdépendance qui existe entre le tissu économique, la population et les politiques. C'est en fait le lien, qui nous lie toutes et tous dans une société. Le fait d'en avoir conscience nous amène aussi à vous poser la question: de quelle manière nous soutenir les uns et les autres? Cette action de bon de solidarité a été perçue au Groupe PSR, avant tout, comme une action de soutien à la vie sociale et urbaine. C'est quelque chose qui permettra à notre Ville de se maintenir mais aussi, nous l'espérons, à donner un élan et un dynamisme pour voir arriver la suite de cette pandémie, qui reste encore inconnue.

Toutefois, l'enthousiasme était aussi quelque peu questionné, notamment par le volume que ce soutien représente. On parle tout de même de 1.5 million de fr. Est-ce que la Ville en a les moyens, comme le disait Monsieur Scherrer? Le Groupe PSR fait confiance au Conseil municipal, en se disant que si le Conseil municipal fait cette proposition, c'est que la Ville peut se le permettre. Nous souhaitons savoir si l'engagement de ce crédit, aujourd'hui, suppose des conséquences pour l'année prochaine. Ce montant va-t'il venir à manquer pour les crédits de soutien en faveur de la culture, du social et de la formation, qui sont finalement les premiers touchés par les mesures d'économies et les coupes budgétaires? Le Groupe PSR attend des garanties du Conseil municipal, si ce crédit est engagé. Toutefois, la sympathie pour cette action est évidente, car le tissu économique est aussi celui qui dynamise une ville. Nous tenons à ce que Bienne reste dynamique, mais aussi sur un élan de collaboration et de coopération. En ce sens, cette action nous semble totalement pertinente. Bien que la question financière nous inquiète, le Groupe PSR s'engage à suivre la proposition du Conseil municipal.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich freue mich ebenfalls, Sie heute wiederzusehen und schliesse mich auch den bereits geäusserten Dankesworten an. Wir laufen mit Riesenschritten auf eine grosse Rezession zu. Ich persönlich werde dem vorliegenden Geschäft nicht zustimmen. Es ist bestenfalls ein kleiner Tropfen auf den brennend heissen Stein. Wir befinden uns wieder einmal in einer typischen Bieler Situation: Der Stadtpräsident lobt die Lösungen «à la biennoise», die FDP ist gegen die wirtschaftlichen Impulse, die Grünen machen sich Sorgen über wirtschaftliche Verzerrungen, die Passerelle bringt neue Ideen und die GLP auf dem Meinungsgraben kann sich nicht einigen. Wo werden die verteilten Gutscheine eingelöst? An Orten, welche bereits gut frequentiert sind. Beim Durchlesen des vorliegenden Berichts fragte ich mich, ob denn der Gemeinderat nicht gemerkt hat, was in der Stadt passiert ist. Die Solidarität hat funktioniert und es zeigte sich grosses Engagement. Während des Lockdowns wurde bereits lokal eingekauft und die kleinen Läden unterstützt. Biel für Biel muss nicht von den Stadtbehörden verordnet werden, das können wir bereits! Diese Eigeninitiativen werden viel zu wenig wertgeschätzt. Martin Scherrer hat es bereits gesagt, CHF 1,5 Mio. sind viel Geld. Soviel Geld bin ich nur bereit zu stemmen,

wenn es wirkt. Die vorgeschlagene Lösung jedoch wird auf dem heissen Stein verpuffen. Die Geschäfte brauchen mehr. Sie erhalten Kurzarbeitsentschädigung und können Notkredite vom Bund beantragen. Ein Drittel der kleinen Geschäfte lief bereits vor der Pandemie nicht gut. Diese werden auch mit den Bons die Frequenzen nicht heben können. Die Nachfrage bestimmt das Geschäft. Das Netz an Solidarwerken in der Schweiz ist engmaschig, trotzdem werden immer wieder Unternehmen scheitern. Diesen ist mit der geplanten Massnahme aber nicht geholfen, Frau de Maddalena. Wer dies verspricht, ist unlauter. Ich fragte mich, wie die Verteilung der Bons bei Familien ankommt, welche sich kaum über Wasser halten können. Die Gutscheine werden ja flächendeckend an alle verteilt, egal ob die Kinder hungern oder ein Pool im Garten steht. Verhöhnern wir diese Leute nicht ein wenig? Der Blick ins nahe und ferne Ausland bereitet Sorge. Es kommt eine grosse Rezessionswelle auf uns zu. Wir brauchen mehr als ein Impulsprogramm mit, vielleicht kleiner Wirkung. Wir brauchen wirksame Lösungen und wirkliche Solidarität. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Massnahme ist das nicht. Sie ist wohl gut gemeint, wenn Sie aber solidarisch sein wollen, stimmen Sie dem Geschäft nicht zu, sondern unterstützen Investitionen in Bauprojekte.

Grupp Christoph, Grüne: Schön, sind Sie alle wieder da und können wir wieder miteinander politisieren! Ich möchte Sie zu einem Gedankenspiel einladen. Sie haben sicher alle schon einen Geschenkgutschein bekommen. Immer wieder werden Gutscheine nicht eingelöst. Trotzdem freuten Sie sich über den Gutschein. Die Berechnungen des Gemeinderats gehen davon aus, dass nicht alle Gutscheine eingelöst werden. Trotzdem sind diese für die Beschenkten ein Dankeschön, dass sie während der schwierigen Zeit durchgehalten und sich solidarisch gezeigt haben. Die Massnahme ist nicht nur für das Gewerbe, sondern auch für die Bevölkerung, auch für die bedürftige Bevölkerung. Eigentlich bereitet diese Aktion also allen Freude. Ist diese kleine Freude CHF 1,5 Mio. wert? Ich gehe davon aus, dass die Massnahme schlussendlich CHF 1 bis 1,1 Mio. kosten wird. Was wird damit ausgelöst? Ein Wirtschaftsaufschwung kaum aber es ist trotzdem ein Zeichen. In den Geschäften kann der Gutschein als Teil eines teureren Einkaufs eingelöst werden, was jeweils sehr gut ankommt. Ich finde es auch für den Kultur- und Sportbereich wichtig. Der Gutschein bereitet Freude und ruft das «Biel-Gefühl» hervor. Vielen Leuten werden Anlässe wie beispielsweise die Braderie fehlen. Setzen wir deshalb ein Zeichen und geben solidarisch Hoffnung. Nicht zu vergessen ist der Marketingeffekt. Die App lässt sich auf in Zukunft verwenden. Unterstützen Sie das vorliegende Projekt. Ich hoffe, die Gutscheine kommen gut an und lösen etwas aus.

Zumstein Joël, SVP: Ich begrüsse die geplante Massnahme. Nicht nur weil es sich um eine Massnahme für die Bieler Bevölkerung handelt, für diese gibt es schliesslich ein soziales Netz. Die Gutscheine sind primär zur Sicherstellung der Erträge und der Liquidität der Unternehmungen. Für diese existiert kein soziales Sicherheitsnetz. Hat ein Unternehmen kein Geld mehr, wird Konkurs angemeldet und das Geschäft ist damit weg. Mit den Bons kann den Unternehmen kurzfristig geholfen werden. Der Effekt pro Gutschein ist nicht nur auf CHF 25 begrenzt. Das nicht nur, weil KundInnen mehr als diesen Betrag ausgeben, sondern der Ertrag darauf wird für die Geschäftstätigkeit benötigt. Dieser sogenannte Multiplikatoreffekt ist umso stärker, je weniger gespart wird. Das eingenommene Geld wird in Umlauf gebracht. Der Ökonom John Maynard Keynes hat sich in seinen volkswirtschaftlichen Theorien dazu geäussert. Er hat auch die antizyklische Konjunkturpolitik beschrieben. Diese besagt, dass der Staat in Krisenzeiten mehr ausgeben soll und muss um die Wirtschaft zu stärken und die

negativen Folgen zu vermindern. Auf der anderen Seite muss der Staat in wirtschaftlich guten Zeiten restriktive Ausgabenpolitik betreiben. In den vergangenen Jahren hat die Stadt Biel dies leider versäumt. Deshalb von meiner Seite der Appell an den Gemeinderat, sich in wirtschaftlich guten Zeiten nicht auf der schwarzen Null auszuruhen. Dann gilt es die Schulden abzubauen und Reserven zu bilden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Seit der Bundesrat die scharfen Massnahmen in Kraft gesetzt hat, macht sich der Gemeinderat Sorgen um das Kleingewerbe, die Kulturszene und Sportorganisationen. Um alle Einrichtungen also, welche den urbanen Geist der Stadt letztendlich ausmachen. Auch für die Industrie wird die Krise Folgen haben. Dort jedoch greifen die klassischen Instrumente der Kurzarbeitsentschädigung und Konjunkturprogramme langfristig. Der vorliegende Vorschlag richtet sich an Gewerbetreibende, Kulturorganisationen und Gastrobetriebe, an kleine Unternehmen ohne grosse Rücklagen, welche jedoch eine grosse Bereicherung für die Stadt Biel darstellen. Diese Betriebe sind heute bedroht und nicht erst in einem halben oder ganzen Jahr. Der Gemeinderat hat sich deshalb entschlossen, Solidaritätsbons zu verteilen. Damit wird kurzfristig eine Wirkung erzielt. Zusätzlich wird ein Multiplikatoreffekt geschaffen, wobei die vorgeschlagene Massnahme so nicht in einem Lehrbuch steht. Die sofortige Schliessung über mehrere Wochen hinweg ist absolut einmalig.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass ausserordentliche Situationen auch ausserordentliche Massnahmen verlangen. Die bundesrätlichen Bestimmungen zeigen Wirkung sind aber für viele Leute aus dem Kleingewerbesegment nur schwer verständlich. Selbständigerwerbende mit geringem oder erst seit kurzer Zeit erwirtschaftetem Einkommen werden bei der Berechnung der EO abgestraft. Der Bund unterstützt für die Phase während der Schliessung kurzfristig. Die Auswirkungen dieser einschneidenden Massnahmen halten jedoch länger an. Der Gemeinderat befürchtet einen sogenannten Zweitrundeneffekt. Die Leute besuchen die Geschäfte auch nach der Öffnung nicht oder sie fürchten um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes und geben deshalb weniger Geld aus. Dies kann zu schlimmeren Folgen führen als der eigentliche Lockdown. Genau das, meine Damen und Herren gilt es zu verhindern und aus diesem Grund schlägt der Gemeinderat das vorliegende Projekt vor. Der Gemeinderat hat verschiedene Unterstützungsmassnahmen diskutiert.

Frau Tennenbaum, es stimmt nicht, dass das System der Gutscheine administrativ sehr aufwändig ist. Bestimmte Bevölkerungsgruppen nach ausgewählten Kriterien zu evaluieren, wäre viel komplizierter. Gleichzeitig soll sich die gesamte Bieler Bevölkerung daran beteiligen, das städtische Nachtleben wieder in Schwung zu bringen. Nach dem Lockdown ist dies wichtig und hat nichts mit dem sozialen Status zu tun. Es wurden Befürchtungen geäussert, dass nur ein paar wenige Einrichtungen, Geschäfte und Gastrobetriebe profitieren würden. In diesem Punkt ist das Projekt liberal. Jede/r in Biel erhält einen Gutschein. Die Geschäfte, Institutionen und Restaurants können Angebote unterbreiten, welche die Leute dazu motivieren die Gutscheine einzulösen. Der Vorschlag der Fraktion PRR entspricht dem Modell von Neuenstadt. Dort muss auf der Gemeindeschreiberei für einen Gutschein über CHF 100 der Betrag von CHF 80 bezahlt werden. Für eine Stadt von der Grösse Biels ist dies vom Aufwand her nicht zu bewältigen. Bedenken zur Gewerbefreiheit wurden geäussert. Diese teilt der Gemeinderat nicht. Wo die Leute ihren Gutschein einlösen, steht ihnen frei. Die Unterstützung ist lediglich auf lokale AnbieterInnen begrenzt. Für

Unternehmen, welche in Biel und anderswo tätig sind werden wir genau gleich wie für Franchisingunternehmen eine Lösung finden. Mit Augenmass und Pragmatismus werden Lösungen, immer mit Fokus auf die lokale Solidarität, gefunden werden. Es geht nicht darum, dass die Leute mit den Gutscheinen zu Grossverteilern gehen. Für diese ist die Stadt Biel nicht zuständig. Sie gehören zwar zu einer attraktiven Innenstadt, sind aber nicht akut gefährdet. Es ist am Stadtrat und der Bieler Bevölkerung die Gutscheine sinnvoll einzulösen und die lokale Solidarität weiterzuführen. Die Gutscheine können selbstverständlich verschenkt werden. Sie können die Gutscheine auch für Kulturveranstaltungen und bei der Caritas einlösen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass CHF 1,5 Mio in dieser einmaligen Situation, die hoffentlich nicht wieder kommt, gut investiert sind. So bleibt die Vielfalt der lokalen Einrichtungen in den Bereichen Gewerbe, Gastronomie Kultur und Sport, welche Biel ausmachen, erhalten. Bienne va rester Bienne. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion PRR, die Gutscheine im Wert von CHF 50 für CHF 25 zu verkaufen

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 13. Mai 2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung, **beschliesst**:

1. Für die COVID-19-Massnahme «Biel für Biel» wird ein Nachkredit Nr. 363702020.10000 in der Höhe von CHF 1'540'000.00 zu Lasten des Budgets 2020 genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständigen Direktionen zu delegieren.

87. 20150375 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Jakob-Strasse Süd»

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zum vorliegenden Geschäft liegt ein Rückweisungsantrag der Fraktion GLP+ vor.

Rückweisungsantrag

Briechele Dennis, Fraktion GLP+: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich Jakob-Strasse Süd. Die Fraktion GLP+ stellt den Antrag auf Rückweisung mit dem Auftrag an den Gemeinderat, das Projekt respektive die Bestimmungen für Zonen mit Planungspflicht (ZPP) zu überarbeiten.

Ökologisch ambitionierte Ziele bei der Produktion der Elektrizität, dem Gebäude- und Arealstandard und der Wärme-, Kälteversorgung sollen erreicht werden. Abgesehen von diesen Vorbehalten, findet die Fraktion GLP+ das vorliegende Projekt gelungen. Für das Quartier Mett ist die verdichtete Überbauung ein wichtiges Stadtentwicklungsprojekt. Vor knapp einem Jahr hat der Stadtrat letztmals eine Änderung der Bauordnung mit der Schaffung von zwei neuen ZPP behandelt (20150281 «Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich Brühlstrasse» und 20170179 «Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich Mett-Zentrum»). Damals war der Sommer heiss und trocken. Die immer zahlreicher aktive Klimajugend ging rund um den Globus auf die Strassen. Der Stadtrat war sich daraufhin einig, dass ZPP ohne energetische Bestimmungen nicht mehr zeitgemäss sind. Selbst die FDP unter dem Eindruck des neu angekündigten grünen Kurses ihrer Parteipräsidentin, kritisierte lautstark die vorgelegte ZPP. Letztendlich genehmigte der Stadtrat die beiden Vorlagen mit der klaren Ansage, zum letzten Mal solche ambitionslosen Bestimmungen durchzuwinken. Nun liegt die nächste ZPP wieder genauso energetisch ambitionslos vor. Beim Projekt «Jakob-Strasse Süd» handelt es sich um ein Generationenprojekt. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass es über einen Zeitraum von 50 Jahren entwickelt werden soll. Beste Voraussetzungen also, um eine zukunftsweisende Planung vorzusehen. Die Gebäude in der Schweiz verbrauchen 50 % der gesamten Primärenergie und sind für einen Viertel der Treibhausgase verantwortlich. Doch das muss nicht so sein! Im Gebäudewesen besteht enormes Potential. Gerade bei Neubauten ist es höchste Zeit, keine Kompromisse mehr einzugehen. Die Energiewende gelingt nicht nur mit guten Bekundungen, sondern mit konkreten Taten. Diese muss der Stadtrat konsequent einfordern. In diesem Sinne und wie bereits vor einem Jahr hier im Stadtrat beschlossen, beantragt die Fraktion GLP+ die Rückweisung des vorliegenden Geschäfts mit dem Auftrag, die Bestimmungen der ZPP mit ambitionierten Zielen in den Bereichen Stromproduktion, Gebäudestandard und Wärme-, Kälteversorgung zu ergänzen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Briechle, ich bedaure, dass Sie Ihre Anliegen nicht früher angemeldet haben. Ihre Ziele vertritt auch der Gemeinderat. Ihr vorgeschlagener Weg dahin ist aber nicht zielführend. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, alle möglichen Verschärfungsmassnahmen bezüglich energetischer Vorschriften im Baureglement zu prüfen (Motion 20190055 «Endlich energetische Bestimmungen ins Baureglement aufnehmen!»). Die Vorgaben sollen anschliessend als Energievorschriften im Baureglement verankert werden und nicht in den einzelnen baurechtlichen Grundordnungen. Den heute geltenden übergeordneten gesetzlichen Vorgaben entsprechend, ist es nicht möglich, Bestimmungen über die Art der Stromproduktion in eine baurechtliche Grundordnung aufzunehmen. Der Rückweisungsantrag bringt in diesem Punkt leider nichts. Ebenfalls nicht möglich ist es, Labels in eine baurechtliche Grundordnung aufzunehmen. Gemäss Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR) ist dies nicht genehmigungsfähig, was zu bedauern ist. Die Überbauungsordnung (ÜO) wurde mit der entsprechenden genehmigungsfähigen Formulierung öffentlich aufgelegt. Bei der Versorgung von Wärme und Kälte verweist die ZPP auf den Richtplan Energie. Dieser setzt sehr ambitionierte Ziele für diesen Bereich. Im Energierichtplan ist im Moment kein Fernwärmeverbund vorgesehen. Der ESB (Energieservice Biel/Bienne) hat dies geprüft. Zurzeit gibt es keine Zentrale in der Nähe und somit kein Anschlussgebiet. Sämtliche Anliegen des Stadtrats will der Gemeinderat umsetzen. Die

Energievorschriften gelten für jeden Standort. Die heute geltenden kantonalen Bestimmungen lassen leider auf kommunaler Ebene wenig Gestaltungsspielraum. Bei der Parkierung konnte zusammen mit dem VCS eine dem Standort angemessene Lösung gefunden werden, welche klar unter dem kantonalen Richtwert liegt. Für den Ressourcenverbrauch einer Überbauung stellt die Mobilität einen substanziellen Faktor dar. In diesem Bereich sind wir gut und mit den Partnern einvernehmlich unterwegs. Der Rückweisungsantrag macht in der heutigen Phase keinen Sinn. Sie stellen die erarbeiteten Lösungen damit wieder in Frage, was falsch ist.

Loderer Benedikt, Grüne: Eigentlich hat der Stadtpräsident alles bezüglich Bauvorschriften gesagt. Rückweisungsgrund ist, dass es zuwenig ökologisch ambitionierte Bestimmungen gibt. Ich bitte Sie, der Begriff «ökologisch ambitionierte Bestimmungen» ist eine leere Worthölse. Dem Stadtrat wird hier eine Planung über Jahre vorgelegt. Jetzt soll diese mit einer schwammigen Begründung zurückgewiesen werden? Meine Damen und Herren, dem sagt man Gesinnungsprotzerei!

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP+

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Frank Lena, GPK: Im Dezember 2018 hat der Stadtrat den Weg für das heute vorliegende Geschäft geebnet. Damals hat der Stadtrat der benötigten Landumlegung zwischen der Stadt und drei Grundeigentümern zugestimmt (20150375 «Landumlegungen für die Arealentwicklung Jakob-Strasse Süd»). Heute wird über die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung befunden. Aus städtebaulicher Sicht bildet das Areal den Eingang in die Stadt vom Industriegebiet her. Ihm kommt eine wichtige Scharnierfunktion zu, wie im Bericht des Gemeinderats erwähnt. Das bedeutet aber auch, dass die Überbauung des Areals geschickt geplant werden muss. Der Planungssperimeter verfügt über grosse Nutzungsreserven. Angestrebt wird die Erhöhung der Ausnützungsziffer von 1,5 auf 2, was einer zusätzlichen oberirdischen Geschossfläche von 21'000 m² entspricht. Vorgesehen ist neben einer verdichteten Bauweise auch eine qualitativ hochwertige Überbauung mit einem zentralen Park, was zu einem deutlichen Planungsmehrwert führt. Das Areal und die komplexe Anforderung an die Planung erfordern ein zweistufiges Verfahren. An der Mitwirkung 2017 haben sich 7 Parteien beteiligt. Die Hauptthemen damals waren die Qualitätssicherung der Überbauung, der Abbruch der Shedhalle, die Verdichtung, der Verkehr und die Parkplätze. Im Zuge der öffentlichen Auflage 2019 sind gemäss Bericht des Gemeinderats drei Einsprachen eingegangen und zwei Stellungnahmen. Mit dem VCS konnte eine Einigung erzielt werden, wie Herr Stadtpräsident Fehr vorhin bereits erklärt hat. Im Bericht des Gemeinderats ist auch erwähnt, dass die Einsprache der Baurechtsnehmerin Bien-Air SA zurückgezogen wird. Wie ist der aktuelle Stand in dieser Sache? Die Einsprachen waren in der GPK der Hauptdiskussionspunkt. Kritisch hinterfragt wurde auch, ob mit den zusätzlichen Wohnungen nicht auch weiterer Schulraum benötigt wird, da dieser bereits heute knapp ist. Zurzeit ist jedoch nicht klar, wann, wieviel Schulraum notwendig wird. Aufgrund der langfristigen Planung des vorliegenden Projektes muss dies nicht heute geklärt werden. Die GPK appelliert

trotzdem an den Gemeinderat, den Schulraumbedarf in die weitere Planung miteinzubeziehen. Die GPK empfiehlt das vorliegende Geschäft zur Annahme.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: L'essentiel a été dit. J'ai été surpris qu'aucun orateur de groupes n'ait pu prendre la parole. J'estime que c'est un bel exemple d'une collaboration entre les investisseurs privés, qui veulent construire une partie d'un quartier et la collectivité, qui cherche une solution. Il s'agit en fait de la suite de l'affaire 20150375 «Remaniements parcellaires pour le développement du secteur Rue Jakob sud» traitée au Conseil de ville le 19 décembre 2018.

La mise en œuvre du concept urbanistique nécessite l'adaptation des prescriptions en matière de construction pour le périmètre concerné. Il faut maintenant mettre en place la zone à planification obligatoire (ZPO). Nous avons d'ailleurs déjà parlé du contenu de ce plan de quartier dans le cadre du dossier de la parcellisation. Sur le fond, le Groupe PRR soutiendra ce projet. J'ai tout de même été surpris à la lecture de ce rapport du poids et l'importance donnée à un seul opposant qui est l'Association transports et environnement de Suisse (ATE) dans la discussion autour de ce plan de quartier. La loi est claire concernant le nombre de places par appartement (0.5 à 2). L'ATE vient avec une revendication absolument minimaliste et extrême de 0.5. Puis après nombre de discussions et de négociations, le Conseil municipal décide qu'une place de parc par appartement est suffisante et pour les commerces qui souhaiteraient s'installer à cet endroit un concept de mobilité leur est imposé afin de justifier le nombre de places nécessaire. Cette décision a été prise sous la pression de l'ATE qui est clairement une organisation partisane écologiste. Nous avons connu la période du «tout pour la bagnole», nous sommes confrontés actuellement à «tout contre le trafic individuel motorisé» et notre groupe s'oppose à cela. On peut d'ailleurs se poser la question de savoir si cette limitation prévue par le Conseil municipal tiendra devant la loi car sur recours d'un maître d'ouvrage, peut-être. La conséquence sera que les personnes stationneront sur le domaine public ce qui n'est pas souhaitable.

Scheuss Urs, Grüne: Ich lege meine Interessenbindung offen. Ich bin Mitglied des Regionalgruppenvorstands des VCS und bedanke mich bei Daniel Suter dafür, dass er dem VCS soviel Gewicht in der laufenden Debatte beimisst. Ich finde die Gewichtung angemessen und werde die Kritikpunkte von Daniel Suter beantworten. Der VCS will die nachhaltige Mobilität zum Wohle von Umwelt und Mensch fördern. Dazu gehört die richtige Mobilität am richtigen Ort. Wieso macht der VCS Einsprachen? Er will damit nicht etwas aufzwingen, das nicht erlaubt wäre. Im Gegenteil, es geht um die Einhaltung des Umweltschutzgesetzes (SR 814.01). Die Einsprache ist ein legales und legitimes rechtsstaatliches Mittel. Warum ist der VCS mit dem Kompromissvorschlag des Gemeinderats einverstanden? Es geht vor allem um das betriebliche Mobilitätskonzept. Das zu bebauende Areal grenzt an das Industriegebiet. Viele Unternehmen möchten eine grosse Anzahl an Parkplätzen bewilligt haben. Mit Mobilitätskonzepten könnte der Verkehr reduziert werden. Gerade die grossen Unternehmen verfügen über ausreichend Ressourcen um ein Mobilitätsmanagement aufzustellen. Im vorliegenden Projekt sind die Unternehmen zu einem Mobilitätskonzept verpflichtet. Für uns vom VCS ist das sehr positiv deshalb wurde auch einem Parkplatz pro Wohnung anstelle von 0,5 zugestimmt. Ein Kritikpunkt an den Gemeinderat bleibt: Er schreibt in seinem Bericht, dass er die Anzahl Parkplätze gegenüber der kantonalen Bauverordnung (BSG 721.1) deutlich reduziert hat. In Biel sind für ungefähr 30'000 Haushalten ungefähr 20'000 Autos registriert. Das ergibt 0,7

Autos pro Haushalt. Ein Parkplatz pro Wohnung ist damit schon viel. Ansonsten unterstütze ich das vorliegende Projekt.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich halte mich kurz, möchte aber ein wichtiges Anliegen der Fraktion SP/JUSO einbringen. Das Geschäft wurde in der Fraktion ausführlich und kontrovers diskutiert. Der Abbruch der erhaltenswerten Fabrikhalle sowie die Überbauung von landwirtschaftlichen Nutzflächen hat in der Fraktion SP/JUSO zu Diskussionen geführt. Für einige Mitglieder werden mit dem vorliegenden Geschäft Wohnungen auf Vorrat geplant und dafür wird mit der Fabrikhalle ein Gebäude mit Potential für kreative Nutzungen sowie landwirtschaftliches Land geopfert. Aus den Reihen der Fraktion SP/JUSO werden deshalb einige Mitglieder die Vorlage nicht unterstützen. Für die Mehrheit der Fraktion SP/JUSO überwiegen jedoch die Vorteile eines öffentlichen Parks sowie die städtebaulichen Chancen des Vorhabens. Würde die Vorlage heute abgelehnt, könnte auf dem Gebiet ein Wildwuchs entstehen, welchen die Fraktion SP/JUSO verhindern möchte. Für die Fraktion SP/JUSO ist jedoch wichtig, dass auf dem stadteigenen Land genossenschaftliche oder städtische Wohnungen entstehen. Bis tatsächlich gebaut wird, dauert es noch lange. Wir fordern aber bereits heute, das städtische Eigentum zu behalten und für den gemeinnützigen Wohnungsbau vorzusehen.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a pris connaissance avec intérêt du rapport du Conseil municipal et le remercie pour les analyses et précisions fournies concernant ce secteur de la rue Jakob sud. La planification d'un nouveau secteur voir d'un nouveau quartier n'est pas évidente surtout lorsqu'il faut tenir compte du très long terme. En effet, une parcelle est en droit de superficie jusqu'en 2063 dans ce secteur. Si la disparition de la halle industrielle laisse quelques regrets à certaines personnes, il est à relever que l'aménagement d'un parc accessible au public représente une plus-value certaine au niveau de la qualité de vie de ce nouveau quartier d'habitation. Après analyse du dossier, nous souhaitons encore obtenir quelques informations quant aux questions suivantes:

- La desserte de ce quartier étant prévue à partir la rue Jacob et de la Longue rue, qu'en est-il du chemin du Kirchenfeld?
- La Longue rue étant soumise à un trafic relativement important, comment la sécurité sera-t-elle garantie ou tout au moins améliorée?
- La majorité des places de stationnement sera à disposition dans les halles souterraines, ce qui est une bonne chose en soi. Ce parking se trouvera-t-il sous les maisons d'habitation ou sous le parc central? C'est peut-être une question de détail mais qui a toute son importance quant à la végétalisation de ce parc. On tient à ce qu'il y ait des arbres dans ce parc, donc s'il y a un parking souterrain en-dessous, cela devient problématique.
- Développer un nouveau quartier implique des structures adéquate et des services à la population, comme par exemple, l'amélioration de l'offre des transports publics. Est-ce que cette question a été prise en compte?
- Y a-t-il conjointement au projet purement urbanistique une planification coordonnée et concertée de bâtiments scolaires, par exemple. Une augmentation du nombre d'habitants du quartier, provoquerait certainement un besoin dans ce sens-là.

Suite à ces considérations et en attendant les quelques explications souhaitées, le Groupe PSR soutient bien évidemment cette affaire.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen begrüsst die Bestrebungen zur Weiterentwicklung im Bereich Jakob-Strasse Süd und wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Ich gehe kurz auf einen Punkt ein, den wir als störend empfinden. Es handelt sich um die Thematik der Anzahl Parkplätze und die Einsprache des VCS. Eine drastische Reduzierung der Parkplätze auf das absolute Minimum ist störend. Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen besteht mit unterirdischen Parkieranlagen ein grosses Potential. Gerade die Nähe des Autobahnanschlusses im Bözingenfeld spricht für den motorisierten Individualverkehr. Kollege Scheuss hat vorhin selber die richtige Mobilität am richtigen Ort erwähnt.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich will die Debatte nicht verlängern, bin aber mit dem Argument von Herrn Scheuss nicht einverstanden. Das Verhalten des VCS ist bekannt und die Einsprache mag legitim sein. Hier sind sie aber zu weit gegangen. Sie setzen ihre Ideologie mit fragwürdigen Auflagen durch. Mobilitätskonzepte sind sehr teuer und alles andere als gewerbefreundlich.

Scheuss Urs, Grüne: Herr Bohnenblust, ausser dem Umweltschutzgesetz gibt es weitere Erlasse wie beispielsweise die Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung; SR 641.711), auf die sich der VCS abstützt. Letztlich kann immer noch ein Gericht die Entscheide überprüfen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte die Auseinandersetzung zwischen dem VCS und seinen Gegnern nicht vertiefen. Ich halte fest, dass der Gemeinderat nicht Ausführungsgehilfe des VCS ist. Die vorliegende Lösung ist sinnvoll da der zu bebauende Sektor nahe dem Autobahnanschluss liegt. Tatsache ist auch, dass der Besitz von Autos rückläufig ist. Mit der Anzahl von einem Parkplatz pro Wohnung können die Bedürfnisse für Vermietung und Verkauf befriedigt und Wildparkieren im Quartier aufgrund zuwenig vorhandener Parkplätze vermieden werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Anzahl Parkplätze angemessen ist. Herr Rebetez, am Kirchenfeldweg ist keine Änderung vorgesehen. Die Frage nach der Sicherstellung der Zufahrt in die Länggasse kann heute nicht beantwortet werden. Dieser Teil der Überbauung wird viel später erfolgen. Die Frage, wo genau die unterirdische Einstellhalle platziert wird, muss abgeklärt werden. Die Erschliessung durch den ÖV hat Nachholbedarf und wird geprüft. Im Bereich der Fussballplätze «Habegger» zwischen Länggasse und Jakobstrasse bestehen Reserven für öffentliche Zonen und sind für zusätzlichen Schulraum vorgesehen. Dieser wird parallel zur Entwicklung des Quartiers geplant und erstellt. Ich versichere Ihnen, dass der Gemeinderat dieses Thema weiterverfolgt. Ich danke für die grundsätzlich gute Aufnahme und voraussichtliche Zustimmung zum vorliegenden Projekt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Stadtrat wird zuerst über den Beschluss abstimmen und anschliessend die Botschaft beraten. Ich sehe, Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** mit **55** gegen **0** bei **1** Enthaltung nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 22. Januar 2020 betreffend die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Jakob-Strasse Süd»,

gestützt auf Artikel 40, Absatz 1, Ziffer 1, Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

- I. Er empfiehlt den Stimmberechtigten, dem folgenden Gemeindebeschlussesentwurf zuzustimmen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 19.03.2020 und gestützt auf Artikel 12, Ziffer 3, Buchstabe b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) beschliesst:

1. Die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Jakob-Strasse Süd» wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Frau Tennenbaum hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass in der Botschaft das Datum der Stadtratssitzung falsch ist. Dies wird korrigiert ebenso wird die Darstellung der Argumente angepasst.

Bohnenblust Peter, FDP: Wann wird darüber in Biel abgestimmt?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der vorliegende Beschluss ist für die Volksabstimmung am 27. September 2020 vorgesehen. An diesem Abstimmungssonntag soll über 5 eidgenössische und, Stand heute, 3 städtische Vorlagen sowie die Wahlen der Bieler Legislative und Exekutive und die Ersatzwahl für das Regierungsratsstatthalteramt befunden werden. Mit Blick auf auszulösende Investitionen lässt sich eine weitere Verzögerung jedoch nicht rechtfertigen. Ausserdem halten die rechtlichen Bestimmungen der Stadt Biel fest, dass beschlussreife Vorlagen zum nächstmöglichen Abstimmungstermin dem Volk vorgelegt werden müssen.

Abstimmung

- II. Der Stadtrat genehmigt den Entwurf für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten betreffend die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Jakob-Strasse Süd» mit Änderungen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Da der Stadtrat heute aufgrund der Bestimmungen zu COVID-19 nur bis 21.00 Uhr beraten darf, schlage ich vor, jetzt das Geschäft 20200031 «Klassenorganisation für das Schuljahr 2020/2021» zu behandeln. Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

88. 20200031 Klassenorganisation für das Schuljahr 2020/2021

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Je vais faire court car je crois que tous les groupes sont d'accord sur le fait que donner une formation de qualité aux enfants est une tâche importante de la Ville. Il est donc nécessaire d'ouvrir les classes demandées dans ce rapport, car comme nous le savons la population biennoise

augmente et donc implicitement le nombre d'enfants aussi. Il est prévu, à la rentrée scolaire prochaine, de créer neuf classes et d'en fermer deux. La Direction de la formation informe toujours la Commission de gestion de sa décision. Il faut toutefois tenir compte qu'étant donné le nombre de classes croissant chaque année, il est très important que les écoles indiquent aux services de la Ville, notamment au Département des immeubles afin que la planification se fasse en douceur et sans poser des problèmes comme on a connu la situation plus tôt cette année.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO stimmt dem vorliegenden Geschäft zu. Ich habe folgende kurze Bemerkungen:

- Die Stadt Biel wächst. Es wohnen immer mehr Kinder hier und somit auch mehr Kindergarten- und Schulkinder. Die Schuldirektion aber auch die Baudirektion sind gefordert, ausreichend Schulraum zur Verfügung zu stellen. Entsprechend wurden unkonventionelle Lösungen gefunden. Die Unterbringung von Kindergartenklassen im Alters- und Pflegeheim Cristal ist auch für die soziale Durchmischung eine gute Lösung.
- Positiv ist ausserdem, dass die städtische Verwaltung bemüht ist, die Klassengrössen pädagogisch und didaktisch vertretbar zu halten. Die Diversität in der Stadt Biel erlaubt eine Klassengrösse von durchschnittlich 18 SchülerInnen, in Kindergärten 20. Im Bericht des Gemeinderats ist zu lesen: *«Kontinuität fördert den Aufbau von stabilen Beziehungen...»*. Die Fraktion SP/JUSO schätzt es sehr, dass der Gemeinderat dieses wichtige Ziel anstrebt.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés a pris connaissance de ce rapport très bien élaboré. Malgré une demande croissante, la situation paraît assez stable. Cependant, un élément a attiré notre attention dans ce rapport à la page 3: *«Lorsqu'on observe des effectifs moyens à Bienne, il convient de prendre en considération la proportion élevée d'enfants allophones et la présence proportionnellement forte de familles provenant de milieu peu instruit. Cette situation rend le travail du personnel enseignant et des directions d'école particulièrement exigeant»*. C'est bien la preuve que l'on doit, en Suisse et à Bienne aussi limiter l'immigration et surtout celle de personnes allophones, qui doit être mieux contrôlée. Il faut aussi inciter l'intégration des personnes allophones. Le Groupe UDC/Les Confédérés soutient la proposition du Conseil municipal.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Die Schliessung von Klassen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen ist auch für die betroffenen Familien und Lehrpersonen problematisch. Die Kinder können in den Normalklassen nicht gleichwertig gefördert werden. So sind nicht nur die Kinder überfordert sondern auch die Lehrkräfte. Wie Sie wissen, beginnt Prävention im Kindesalter. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, alle Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten zu fördern. Wird dies nicht mehr gewährleistet, ist das ein Armutszeugnis. Zudem müssen solche Beschlüsse schlussendlich die Lehrkräfte ausbaden. Da immer mehr Spezialfälle unter dem Deckmantel der Integration in den Regelklassen betreut werden müssen, können und wollen die Lehrpersonen ihren Beruf nicht mehr ausüben. Die Fraktion Grüne wird dem vorliegenden Beschlussesentwurf jedoch zustimmen.

Suter Daniel, PRR: Il y a cinq ans, entre le mois d'avril et mai, nous avons eu deux doubles séances sur le programme d'assainissement durable des finances communales (NHS 2016+). Dans le cadre de ces débats, nous avons entre autre,

discuté de plein de postes de suppression de coûts, mais aussi des postes d'augmentation de revenus. Un des points était le nombre d'élèves dans les classes. La décision avait été prise, dans le cadre de ce programme, d'augmenter le nombre d'élèves par classe afin de diminuer le coût de fonctionnement annuel pour la Ville d'environ 1 millions de fr. J'ai comparé les chiffres que vous trouvez à la page 2 du rapport pour les années 2019-2020 et 2020-2021 avec le rapport d'il y a cinq ans pour l'année scolaire 2015-2016 afin de voir ce qu'il en était de cette décision prise. Je constate que concernant le degré secondaire de langue française, nous sommes pour les trois années dans une situation stable. Pour tous les autres degrés, indépendamment de la langue, nous avons pour l'année scolaire 2015-2016, un élève en plus par classe que dans les projections pour les années 2020-2021. On constate donc qu'il s'est produit exactement le contraire que de ce qui a été décidé dans le cadre NHS. En résumé, vous pouvez décider ce que vous voulez, le Conseil municipal fait ce qu'il veut et dans ce cas on ne parle pas de finances, mais d'organisation des classes.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je souhaite d'abord vous dire que vous deviez voter ce rapport déjà en début d'année et nous sommes déjà bien avancés dans la préparation de la rentrée scolaire. Les chiffres qui sont bien avancés, mais pas encore finalisés, indiquent que nous aurons probablement moins d'ouverture de classes que prévu. Le Conseil municipal vous propose quand même de voter la proposition telle qu'elle est présentée dans le rapport. Le département concerné, en collaboration avec les directions d'écoles, va adapter les chiffres avec la réalité. Il semble que le COVID a aussi une influence sur les inscriptions à l'école. Ce sera intéressant de suivre cette évolution.

Je ne résiste pas à la tentation de dire quelques mots à propos des mesures NHS. Monsieur Suter, je vous invite à faire le rapport et le bilan financier de toutes les mesures NHS et dans tous les domaines et à sortir, de tous les sujets qui ont été mis sur la table, les mesures qui ont été ou non suivies. Je fais partie d'une direction où les mesures ont été appliquées strictement et je pense que dans beaucoup de domaines cela n'a pas été vraiment le cas. Pour ce qui est du nombre d'élèves par classes, il faut reconnaître que nous sommes plutôt dans une situation de plancher. Je m'explique: la règle qui avait été fixée était qu'il devait y avoir autour de 18 élèves par classes à l'école enfantine, 20 à l'école primaire et un peu plus que 20 à l'école secondaire. Nous avons aujourd'hui, vous avez raison, des chiffres qui sont un peu plus bas mais ces moyennes ne sont pas forcément totalement significatives. Elles varient très rapidement car il faut prendre en compte que certaines classes ont 28 élèves et d'autres 15 et ceci encore en fonction des mois de l'année car des déménagements peuvent influencer la situation. La condition qui prévaut est que notre direction privilégie la stabilité en évitant de fermer des classes certaines années pour les ouvrir à nouveau l'année suivante.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29. Januar 2020 betreffend Klassenorganisation für das Schuljahr 2020/2021 gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Anzahl Klassen wird im Schuljahr 2020/2021 wie folgt geändert:

- 1.1. Auf der deutschsprachigen Kindergartenstufe werden drei Kindergartenklassen eröffnet.
- 1.2. Auf der französischsprachigen Kindergartenstufe werden drei Kindergartenklassen eröffnet.
- 1.3. Auf der deutschsprachigen Primarstufe werden drei zusätzliche Klassen eröffnet.
- 1.4. Auf der französischsprachigen Primarstufe wird in der Summe eine Klasse geschlossen.
- 1.5. Auf der deutschsprachigen Sekundarstufe wird in der Summe eine halbe Klasse geschlossen.
- 1.6. Auf der französischsprachigen Sekundarstufe wird in der Summe eine halbe Klasse geschlossen.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, im Fall von erheblichen Veränderungen die entsprechenden Beschlüsse betreffend Anzahl Klassen zu fassen und dem Stadtrat im Hinblick auf die formelle Genehmigung allfälliger Änderungen Bericht zu erstatten.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich danke Ihnen herzlich. Der Stadtrat hat heute diszipliniert gearbeitet. Ich wünsche Ihnen eine gute Nacht.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 21:10 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane